

# Commerz

Zentral-Organ für die Interessen der im Handels-, Transport- u. Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter Deutschlands.  
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.  
Verantwortl. Redakteur u. Verleger: E. Kapler, Rixdorf.

Redaktion und Exped.: Berlin SO., Gewerkschaftshaus,  
Engel-Platz 15. Telefon: Amt VII, 8848.  
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 5-7 Uhr Nachm., Sonntags geschl.  
Redaktionschluss am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.

Annoncen:  
die 3 gespaltene Zeitspalt 40 Pf. Im Abonnement  
entsprechender Rabatt.  
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 11.

Berlin, den 24. Mai 1903.

7. Jahrg.

## Deutschland — ein Kulturstaat oder — eine Reaktionspfunde?

In wenigen Wochen hat das deutsche Volk diese Frage zu entscheiden. Auf fünf weitere lange Jahre soll es sein Geschick bestimmen. Mit dem Stimmzettel in der Hand wird am 16. Juni die Masse des Volkes wählen müssen zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Volkswohl und Massenausbeutung. Fünf Jahre lang hat das Volk dann wieder die Steuern zu zahlen und das Maul zu halten. Deshalb soll es sich wohl überlegen, welcher Partei es seine Gunst und sein Vertrauen schenkt. Schon so oft haben die Massen des arbeitenden Volkes sich behörden lassen, sie haben sich zu ihrem eigenen Schaden behörden lassen von den Schauspielern und Komödianten der bürgerlichen Parteien. Und für das den bürgerlichen Parteien aller Richtungen, seien es die Nationalliberalen, die Konservativen, die Zentralkräfte oder die Freisinnigen, immer wieder entgegengebrachte Vertrauen haben die Massen dann bezeugen müssen, daß ihnen nur so die Schwarten trachten. Steuern, mehr Steuern, sonst nichts war der Lohn für die Vertrauensseligkeit und Leichtgläubigkeit. Wenn es in diesem Tempo weiter gehen soll, dann brauchen die Arbeiter am 16. Juni nur einen Anhänger der genannten bürgerlichen Parteien zu wählen, diese werden dann gewiß dafür sorgen, daß der gute Michel seinen Leibriemen noch etwas enger schnüren darf. Dazu ist ja schon alle Aussicht vorhanden.

Schon preisen es die Spähen vom Dache, daß Deutschlands Wehrmacht abermals wesentlich verstärkt werden muß. Deutschland soll in der Zukunft in Waffen starren, es soll in Bajonetten ersticken. Nicht weniger als 43 Infanterie-Batalione sollen neu geschaffen werden. Weiter soll die teuerste Waffe, die Kavallerie, ebenfalls bedeutend vermehrt werden, man spricht von 27 neuen Reiterregimentern. Dazu kommt, daß die erst 1896 angeschafften Kanonen der Feldartillerie, die 140 Millionen Mark gekostet haben, vollständig veraltet sind, also ebenfalls neu beschafft werden müssen. Weitere Opfer erfordert der totale Umbau der Festungen, deren Bauart veraltet ist und die folgedessen den modernen Angriffswaffen nicht mehr Stand halten können. Natürlich müssen die neuen Festungen auch eine neue kostspielige Artilleriebewaffnung erhalten. Dazu kommt die geplante weitere Vergrößerung der Seemacht, die Vermehrung der Flotte, mindestens soll der neue Reichstag die seiner Zeit abgelehnten Auslandschiffe bewilligen.

Zu all diesen kostspieligen, aber durchaus überflüssigen Dingen braucht das Reich Geld, Geld und abermals Geld. Nicht mehr Millionen, nein, Milliarden, tausende von Millionen sind dann notwendig. Und woher nehmen? Aus den Taschen der Steuerzahler, woher sonst?

Wird diese Politik so weiter getrieben, so muß in absehbarer Zeit eine furchtbare wirtschaftliche Katastrophe hereinbrechen, weil das Volk auf die Dauer die ihm aufgebürdeten Niesenlasten nicht tragen kann.

Schon denkt man an die Einführung neuer Steuern. Die Konsumartikel der großen Masse, in erster Linie das Bier und der Tabak, sollen noch höher besteuert werden. Ferner soll eine Verbrauchssteuer eingeführt werden, die alle diejenigen trifft, die aus irgend einem Grunde untauglich sind zur Militärdienstleistung, also eine echte und redliche Krüppelsteuer.

Also deutscher Michel, willst Du am 16. Juni einen bewilligungslustigen bürgerlichen Kandidaten irgend einer Richtung wählen, dann thue Geld,

viel Geld, in Deinenbeutel, sonst wähle einen Sozialdemokraten.

Der Ministerpräsident unseres Nachbarreiches, Herr von Koerber, sagte kürzlich: „Oesterreich müßte unter den Kulturstaaten der ersten einer werden“, und Deutschland? Deutschland ist auf dem besten Wege, aus einem Kulturstaat ein Kasernen- und Rekrutenstaat zu werden.

Soll sich das einige jugendfrische Deutschland von dem alten, morschen, zerklüfteten Oesterreich in Bezug auf Kulturfortschritt übertrumpfen lassen? Wer ein wirklich guter und patriotischer Deutscher ist, der wird diese Schande für sein Vaterland nicht wollen.

Nicht neue Kasernen, Ställe, Militärbauten, Panzerschiffe, Kanonen, Gewehre, Säbel, Uniformen und Munition brauchen wir, diese bringen dem Volke keine Glückseligkeit.

Wohl brauchen wir Arbeit, aber Arbeit, die dem Volke Nutzen bringt. Wir bedürfen vieler tausende neuer Schulhäuser, höherer Bildungsanstalten aller Art, Turnhallen, Lesehallen, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, Heil-, Genuß- und Erholungsanstalten. Wir brauchen neue Eisenbahnen, Straßenbahnen, Schaulöcher, Kanäle, Arbeiterwohnungen, Wasser- und Entwässerungsanlagen, Strom- und Flußregulierungen, aber für alle diese kulturfördernden Zwecke hat das Reich kein Geld.

Ist es nicht geradezu wahnsinnig, daß das Geld der Steuerzahler für Zwecke hinausgeworfen wird, die den Kulturfortschritt direkt hemmen?

Deutsches Volk, rasse Dich auf, das muß anders werden!

Wenn die Wohlhabenden und Reichen zu ihrem Schutze mehr Militär und mehr Kanonen haben wollen, dann mögen sie die Kosten dafür gefälligst selbst bezahlen und diese nicht dem arbeitenden Volke aufbürden. Wenn die deutschen Kapitalisten ihre Gelder im Auslande anlegen, dann mögen sie sich auf ihre Kosten eine Panzerflotte halten, die ihnen die Sicherung der ausgeliehenen Kapitalien garantiert. Bakt ihnen das nicht, dann können sie die überflüssigen Summen im Inlande zum Bause gesunder Volkswohnungen verwenden, das bringt ihnen ebenfalls Zinsen, wenn auch nicht zu Bucherprozenten. Dafür, daß der Kapitalist sein Geld zum Schaden der einheimischen Produktion und Arbeiterschaft ins Ausland trägt, soll der Arbeiter mit seinem Blute und seinen Steuergroschen einsehen, er soll das Risiko und die Lasten für den Kapitalisten übernehmen!

Und alles das, weil der deutsche Michel bei jeder Reichstagswahl sich von den Besitzenden behörden läßt und deren Angehörige und Parteigänger in den Reichstag schickt. Die Dummheit wird immer schwerer bestraft.

Aber nicht das allein. Dem kommenden Reichstage wird aller Voraussicht nach ein neues Strafgesetzbuch zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien werden dabei sicherlich die Gelegenheit benutzen, um ihre Klasse vor dem Strafrichter zu schützen. Nicht ein Strafgesetzbuch für die Gesamtheit, nein, nur ein Strafgesetz für den großen dummen und gutmütigen Lämmel, für das arbeitende Volk, wird man zu schaffen suchen. Was man auf dem Wege der Ausnahmegebung, mit der Unsurvorlage und dem Zuchthausgesetz, nicht erreicht hat, das werden die bürgerlichen Politiker, die Vertreter der Ausbeuter, Kapitalisten und Junker, ins gemeine Recht einzuschmuggeln versuchen. Alle jene Knedelungsparagrafen für die Arbeiterklasse werden in dem neuen Strafgesetzbuch in anderer, weniger ungeschickter Form wiederkehren, und mehr denn der

Arbeiterklasse, wenn sie so dumm war, ihre falschen Freunde und direkten Feinde in den Reichstag zu schicken!

Dann ist es aus mit der heute schon windigen Bewegungsfreiheit der arbeitenden Klassen. Eine solche Gelegenheit, die Arbeiterklasse bequem unter dem Scheine des gemeinen Rechts knebeln zu können, eine solche günstige Gelegenheit lassen die heute herrschenden Parteien gewiß nicht ungenützt vorüber gehen.

Genau so steht es mit dem Wahlrechtl. Wohl schwören heute, vor der Wahl, die bürgerlichen Parteien jeder Couleur hoch und theuer, Freunde des bestehenden Wahlrechts zu sein, in Wirklichkeit lauern alle, von den Freisinnigen bis zu den Konservativen, und von den Nationalliberalen bis zum Zentrum, nur auf die günstige Gelegenheit, dem Volke das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht rauben zu können. Nur aus Furcht vor den Wählermassen halten die bürgerlichen Parteien mit ihren diesbezüglichen Absichten fein läuberlich hinter dem Berge.

Der neue Reichstag wird vor die Alternative gestellt sein: entweder Handelsverträge oder Zollkrieg. Zollkriege bedeuten aber für die Massen des arbeitenden Volkes Arbeitsmangel und Hunger, Elend und Noth. Erhalten nun das Zentrum, die Konservativen und die Nationalliberalen zusammen im Reichstage die Mehrheit, dann ist auch der Zollkrieg fertig. Denn diese Parteien sind es, die den Drotwucher auf ihre Fahne geschrieben, die den belämmelten Hunger-Zolltarif im vorigen Reichstag unter Begehung aller denkbaren Rechtsbrüche durchgedrückt haben. Beginnt aber der Zollkrieg, dann sei der Himmel uns armen Handels-, Transport- und Verkehrsarbeitern gnädig. Wir sind es in erster Linie, die die Kosten des Zollkampfes zu tragen haben, weil Handel und Verkehr durch den Zollkrieg vor allen anderen Gewerben vollständig lahmgelegt werden.

Für unsere Berufscollegen ist also die Schaffung von Handelsverträgen mit niedrigen Tariffätzen eine direkte Lebensnöthwendigkeit; da es aber nur eine Partei — die sozialdemokratische — giebt, welche für Handelsverträge mit niedrigen Tariffätzen eintritt, so gilt es für uns, die Konsequenzen zu ziehen oder langsamen Selbstmord zu begehen. Hier ist der Stoß, hier springe, oder verbürgere, Kollege!

Aber auch noch andere Berufsinteressen sind es, die uns unweigerlich zwingen, mit aller Macht und Kraft für die Kandidaten der Arbeiterpartei einzutreten. Der nächste Reichstag hat über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Fuhrgewerbe und in den Engros-Handelsgeschäften u. z. zu entscheiden. Es gilt hauptsächlich, die Verkürzung der Arbeitszeit für unsere Berufscollegen auf gesetzlichem Wege durchzusetzen. Nach den Erfahrungen, die wir bei der Verhandlung der Sonntagruhe und des Labenschlußgesetzes mit den diversen bürgerlichen Abgeordneten im Reichstage gemacht, sind diese auch nur für einen halbwegs ausreichenden Schutz unserer Kollegenschaft absolut nicht zu haben. Also müssen wir im eigenen Interesse dafür sorgen, daß recht viel wirkliche und echte Arbeitervertreter in den neuen Reichstag hineinkommen. Sonst geht es unseren Interessen, unserem gesetzlichen Schutze vor übermäßiger Ausbeutung schlecht.

Der nächste Reichstag wird sich auch mit der Frage der Regelung der Verkehrsverhältnisse der Straßenbahnen zu beschäftigen haben. Die bürgerlichen Parteien sind durchwegs keine Freunde des freien Koalitionsrechtes für die Straßenbahn-Angestellten, im Gegentheil, sie möchten diesen im Interesse der famosen Disziplin am liebsten jede Arbeitseinstellung verbieten. Straßenbahner, die nicht die Feinde ihrer eigenen Interessen sein

wollen, werden also unter den bürgerlichen Reichstagskandidaten nicht zu wählen haben.

Es besteht der Plan, die Versicherungsgegebung gegen Krankheit, Invalidität und Unfall zu einem Großen und Ganzen zu verschmelzen, sie vollständig einheitlich zu gestalten. Der nächste Reichstag wird sich gewiß mit der Materie dieser Frage zu beschäftigen haben, und dann wird es Aufgabe der Arbeitervertreter sein, die Rechte der Arbeiterschaft auf diesem Gebiete energisch wahrzunehmen, sind doch die bürgerlichen Parteien, alle miteinander, wie die Beratung der soeben verabschiedeten Krankentassennovelle so drallisch gezeigt hat, dabei, die Rechte der Arbeiter auch bezüglich der Versicherungsgegebung gehörig zu beschneiden.

Alles in Allem, die Arbeiterklasse ist im Kampfe für ihre Interessen nur auf ihre eigenen Vertreter angewiesen. So schon die Vertreter der bürgerlichen Parteien aller Richtungen auch vor den Wahlen mit den Arbeitern thun, so herablassend sie sich auch zeigen, so wenig meint's auch nur einer der bürgerlichen Kandidaten ehrlich mit den Arbeitern. Seit 32 Jahren besteht jetzt der deutsche Reichstag, und diese Zeit hat ausnahmslos bewiesen, daß nur die Föhen, viel verleumdeter und beschimpfter Sozialdemokraten stets die Interessen der Proletariat der Arbeit wahrzunehmen haben.

Es gilt also, den herrschenden Klassen zum Trutz und der Arbeiterschaft zum Schutz, am 16. Juni nur für die sozialdemokratischen, für die echten und wirklichen Arbeiterkandidaten zu stimmen.

Auf, Berufscollegen, auf die Schanzen, sorgfältig dafür, daß am Wahltag alle Proletarier ihre Stimme für Arbeiterschutz und Kulturfortschritt in die Wagtschale werfen.

Für den früheren Postschluß

treten nunmehr auch die Angestellten und Beamten der Reichspost selbst ein. Die „Deutsche Postzeitung“, das offizielle Organ des deutschen Post- und Telegraphen-Arbeiter-Verbandes, bringt in ihrer Nummer 7 einen Artikel für früheren Postschluß, den wir des reichen Materials wegen, das er enthält, hier vollinhaltlich zum Abdruck bringen.

Andrang an den Postschaltern in den Abendstunden

Betrifft man Abends die Paketannahme eines großen Postamts kurz vor Schalterstschluß, dann bietet sich den Blicken ein eigenartiges und nicht gerade erfreuliches Bild. Nicht nur, daß uns ein ohrenbetäubender Lärm entgegen schallt, sondern wir müssen uns auch mühsam unsern Weg zwischen aufgetürmten Paketen suchen, oft gefolgt von rücksichtslosen Geschäftsbdienern, bis es uns nach längerem Warten gelingt, unser Paket aufzuliefern. Man kann häufig die Beobachtung machen, daß Aufleserer einzelner Pakete, insbesondere Damen, es vorziehen, ihre Sendungen wieder mit nach Hause zu nehmen, um sich nicht den Anrempeln der Markthelfer und dem langen

Warten auszuweichen. Diese Postkommisse bilden besonders während der geschäftstarken Zeit die Regel und nicht etwa die Ausnahme, und zu welcher Kalamität diese Verhältnisse führen können, davon kann sich jeder unparteiische Beobachter leicht überzeugen.

Rücksichtslos vom Recht des Stärkeren Gebrauch gemacht und es ist durchaus nichts Seltenes, daß laute Streitigkeiten entfallen, die selbst polizeiliches Einschreiten erfordern.

Daß diese Zustände dem Ansehen der Verwaltung empfindlich schaden und dringend der Abhilfe bedürfen, ist den Betriebsbeamten ohne Weiteres klar.

Trotzdem will ich versuchen, auf die mannigfachen Unzuträglichkeiten näher einzugehen und einen Weg zur Abhilfe vorzuschlagen, der der Verwaltung und dem Publikum zum Vorteil gereicht.

Es braucht wohl nicht erst besonders erwähnt zu werden, daß sich andere Behörden gegen Rücksichtslosigkeiten des Publikums dadurch mit Erfolg schützen, daß die Abfertigung desselben schon eine gewisse Zeit vor Ablauf der Geschäftsstunden eingestellt wird, damit den Beamten zur ordnungsmäßigen Erledigung der Geschäfte noch ausreichende Zeit bleibt.

Diese Einrichtungen sind z. B. bei Steuer-, Gerichts- und Gemeindebehörden getroffen und das Publikum hat sich damit abfinden müssen.

Auch bei uns hat es einmal dieses goldene Zeitalter gegeben, als mit dem Stoenkschlage des Dienstschlusses das Klingelzeichen ertönte und alle Auslieferer unter Mitnahme der noch nicht aufgelieferten Sendungen das Lokal räumen mußten. Das Publikum kannte diese Einrichtung nicht anders und hatte sich insofern damit abgefunden, als es auf rechtzeitige Einlieferung seiner Sendungen Bedacht nahm.

Die Amtsvorsteher, welche diese Beschränkung anordneten, handelten damit durchaus in Uebereinstimmung mit § 30 der Postordnung, wonach die Einlieferung bei den Postanstalten während der Schalterstunden, d. h. von früh 7 1/2 bis Abends 8 Uhr (bei den Postämtern I. Kl.), geschehen muß.

Nach und nach aber bildete sich die läßliche Angewohnheit heraus, über diese Zeit hinaus die Abfertigung des Publikums vorzunehmen und zwar wohl nach selbständiger Bestimmung einzelner Vorsteher.

Selbstverständlich mußten auch die übrigen Amtsvorsteher mitbringen diesen Beispiele folgen und so ist es denn glücklich so weit gekommen, daß sich die Schalterabfertigung bis 9, sogar bis 1/2 10 Uhr hinziehen kann. Dabei ist der eigentliche Weisnachtsverkehr außer Betracht geblieben, weil jeder Beamte ohnehin weiß, daß er in dieser Zeit seine ganze Arbeitskraft auch über das gewöhnliche Maß der Verwaltung zur Verfügung stellen muß.

Soviel ich weiß, hat die Verwaltung keine einheitlichen Bestimmungen, die dem Anwesen ein für alle Mal neuerten, ertaffen. Bis jetzt hat es vielmehr bei gelegentlichen höslichen Schreien an die Handelskammern kein Bedenken gehabt, mit welchem Erfolg, ist bekannt. Denn die Autorität der Handelskammern gegenüber den Firmen ist keine übermäßig große, und auf welchen Standpunkt sie sich stellen, erhellt man daraus, daß alle Eingaben der im Transportwesen beschäftigten Personen durch ihre Organisation in Bezug auf frühzeitigeren Schalterstschluß auf Wunsch der Handelskammern abgelehnt worden sind. Wenn heute die Postverwaltung bei einer Handelskammer anfragen würde, ob ein Tag und Nacht durchgehender

Schalterdienst wünschenswert sei, würde die Antwort wahrscheinlich bejahend ausfallen.

Wie notwendig es aber ist, daß die Verwaltung gegen die tief eingeiffene Unflut energisch Front macht, ohne sich an den Widerstand der Handelstammern zu kehren, soll nachstehend näher ausgeführt werden.

In welchem prozentualen Verhältnis die Tages- und Abendauslieferung zu einander steht, das würde ein mit den Verhältnissen nicht Vertrauter kaum glauben, und doch übertrifft die Wirklichkeit auch hier die läßlichen Erwartungen.

Wenn ich behaupte, daß häufig von 7 Uhr Abends ab eben so viel oder noch mehr Pakete angenommen werden, als in den übrigen 10-12 Stunden, so ist das durchaus nicht übertrieben. Das beweist auch der nachstehende Artikel des „Chemnitzer Tageblatts“ vom 27. Februar, der anscheinend aus amtlicher Feder stammt und nicht nur auf Chemniger Verhältnisse paßt, sondern für viele Großstädte zutrifft:

„Es ist ein oft beklagter Uebelstand, daß sich die Hauptauslieferung der Pakete an den Postschaltern auf die Zeit nach 6 Uhr Abends zusammendrängt, wodurch naturgemäß Ueberfüllung der Räume, Verzögerungen bei der Hofertigung und manche sonstige Unzuträglichkeiten hervorgerufen werden. Die von der Postbehörde schon wiederholt an das Publikum gerichtete Mahnung, die Pakete nach und nach zur Post zu senden und damit möglichst frühzeitig am Tage zu beginnen, ist leider fast ohne Erfolg geblieben. Täglich kann man beobachten, daß die Paketannahmestellen bis in die Nachmittagsstunden hinein nur wenig in Anspruch genommen sind, während des Abends die Räume zur Verwältigung des Verkehrs kaum ausreichen. Statistische Ermittlungen bei den Chemnitzer Postanstalten haben ergeben, daß von allen während eines Tages aufgelieferten Paketen nur etwa 16 pCt. bis 12 Uhr Mittags aufgegeben werden; bis 6 Uhr Abends gelangen dann weitere 22 pCt. zur Auslieferung. Der Rest von nicht weniger als 63 pCt. muß an den Schaltern von 6 Uhr Abends an bewältigt werden. Daß alle diese Sendungen erst im Laufe des Nachmittags fertiggestellt sein sollten, ist wenig wahrscheinlich; es wird vielmehr als sicher angenommen werden können, daß der größte Teil viel früher zur Einlieferung bereit steht, daß aber die meisten Versender die ganze Tagespaketpost bis kurz vor Postschluß zurückhalten. Durch den hierdurch entstehenden Massenandrang zu den Paketaltern werden besonders die Einlieferer von Einzelpaketen betroffen. Namentlich weiblichen Personen, Kindern und älteren Leuten wird es bei dem herrschenden Gedränge nicht leicht, zu den Annahmestellen vorzudringen. Um hierin soweit als möglich Abhilfe zu schaffen, ist angeordnet, daß die Auslieferer von Einzelpaketen mit Bescheinigung abgefertigt werden. Zu diesem Zweck soll nöthigenfalls, soweit es nicht eine besondere Annahmestelle für solche Einlieferer giebt, die Abnahme der Massenauslieferungen zu Gunsten der Einzelpaketfertigung in kurzen Zwischenräumen unterbrochen werden. Zur nachhaltigen Besserung der Verhältnisse kann jedoch das Publikum selbst am meisten beitragen; es sei deshalb wiederum dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben, daß die absendenden Firmen u. s. w. durch zeitigere Auslieferung der Pakete die Vermüdungen der Postverwaltung um Milderung der geschuldeten Missetände unterthügen möchten.“

Das größte Waarenhaus der Welt: Siegel, Cooper & Cp., New-York.

Wir leben im Jahrhundert der Waarenhäuser. Deutschland scheint zum Glorabod der Bazar des Detailhandels auszuertoren zu sein. In allen deutschen Städten schießen diese Großläden wie die Pilze empor und noch ist das Ende des Aufblühens lange nicht erreicht. Deutschland besitzt heute schon die zahlreichsten, Berlin die größten, aber nicht das größte Waarenhaus. Bis zum Herbst über's Jahr, wenn der großartige Neubau der Firma M. Wertheim-Berlin seiner Bestimmung übergeben wird, bleibt Siegel, Cooper & Cp., New-York, das größte Detailgeschäftshaus der Welt. Dann aber ist auch Amerika überflügelt und Berlin, das in Bezug auf Zahl der Waarenhäuser schon seit Jahren den 1. Rang einnimmt, tritt auch in Bezug auf deren Größe an die Spitze.

Es ist uns gelungen, eine Schilderung des gegenwärtig größten Waarenhauses zu erhalten. Wir bringen daraus nachstehend das für unsere Kollegenchaft Interessanteste, nur bitten wir, auf das in der Beschreibung enthaltene Amerika-Deutsch etwas Rücksicht nehmen zu wollen.

Der Laden der Siegel-Cooper Company, New-York, wurde am Montag, 14. September 1899, eröffnet, und ein unermesslicher Menschenstrom ergoß sich in den Laden. Seitdem hat der Bazar der Siegel-Cooper Company einen wundervollen Erfolg erzielt.

Unter keinem anderen Namen kann man eine derartige prächtige Auslage der neuesten, modernsten und wünschenswertesten Waaren sehen.

Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß der große Laden eine der meist bemerkswerthen Sebenswürdigkeiten der Metropole ist. Der Ruf des Ladens ist nach allen Welttheilen gedrungen und Besucher aus allen Weltgegenden füllen diesen riesigen Bazar. Täglich wird der Siegel-Cooper Laden von 100 000 bis 150 000 Menschen besucht, mit Ausnahme der Feiertags-Saison, in welcher nach sorgfältigen Abschätzungen häufig die Zahl der Besucher 250 000 weit übersteigt.

Dieses ist merkwürdig, aber nicht überraschend für diejenigen, die mit dem Geschäftsbetrieb wohl bekannt sind. Man bekommt eine Idee von dem tollstollen Umfang des Geschäftsbetriebes durch die Thatsache, daß der Laden ein Areal von über einer Million Quadratfuß einnimmt.

Es ist ein wunderschöner Handelstempel! Der Thurm auf diesem imposanten Gebäude ist mit einem Scheinwerfer von 700 000 Kerzenstärke versehen. Die Strahlen dieses wundervollen Apparates sind mit überraschender Deutlichkeit über 80 Meilen weit sichtbar. Seiner enormen Größe und der außerordentlichen Mannigfaltigkeit wegen in allen Departements wird der Laden gewöhnlich als eine „Stadt für sich“ bezeichnet. Und er ist es auch, denn unter dem Namenbach dieser Firma sind alle modernsten Bedürfnisse und Anstaltungen einer fortschrittlichen Stadt. Onkel Sam hat dort eine Filiale des Postamtes eingerichtet. Telephon, Telegraphen- und Untergrundbahn-Station sind ebenfalls für die Bequemlichkeit da und Depeschen können nach allen Welttheilen geschickt werden. Hierzu kommen die Gepäckämter, Korrespondenz-Bureaus und viele andere Einrichtungen und Departements für die Bequemlichkeit der Kunden.

Der Laden steht in tausend verschiedenen Arten oben an. Jeder Trieb, jeder Ausschlag dieses großartigen Geschäfts ist danach gerichtet, sofort allen Anforderungen der Saison, des persönlichen Konsums, und des nach Tausenden und Abertausenden zählenden Kundenkreises zu genügen, welcher diesen Laden patronisirt.

Jeder Flur ist auf das Feinste und Reichhaltigste mit den besten Waaren der Welt ausgestattet. Jeder Flur ist mit einer Lichtmenge überfluthet, das sich in dem tollstollen Spiegelglas wieder spiegelt. Wenn die Dämmerung eintritt, so erstrahlen Tausende von elektrischen Lichtern in brillanter Schönheit.

Eine Sebenswürdigkeit des Ladens befindet sich auf dem Hauptflur und dieselbe verfehlt niemals den Besuchern unzählige Lobeserhebungen zu entringen. Es ist die Fontäne, welche den Grenzplatz in der Weltausstellung geziert hat, eine tollstolle Reproduktion der majestätischen Stadt, der Republik. Die Statue hat 25 000 Dollar gekostet. Das plätschernde Wasser, das strahlende Licht und die mächtige goldene Figur erregen die höchste Bewunderung.

In jedem Departement des Ladens steht man sich fortwährenden Ueberraschungen gegenüber. Einigen Departements ist ein phänomenaler Raum zugetheilt, da deren große Auslage einen ganz bedeutenden Verkaufsraum verlangt. Da ist z. B. das Kunst-Porzellan-Departement, welches allein einen Raum von 24 000 Quadratfuß einnimmt, was durchaus nicht zu viel ist. Das Nylinge- und Mantel-Departement hat 50 000 Quadratfuß, und benötigt wahrlich noch mehr Raum zur Ausbehnung. Das Grocery-Departement (Marktallen für

Lebensmittel) gebraucht jeden Zoll der ihm zugetheilten 90 000 Quadratfuß.

Alle Besucher, die das Basement (Souterrain, Keller, reien) sehen, sind erstaunt über seinen Maschinenraum, den besteingerichtesteten in der Welt. 14 mächtige Maschinen stehen dort im Dienst und bringen eine Kraft hervor, die der Triebkraft von nahezu 5000 Pferden gleichkommt. Gegen 100 Männer sind nöthig, um diese riesige Kraftfülle zu regulieren.

Zehn mächtige Passagier-Fahrtstühle und 13 Fracht-Elevatoren sind fortwährend in Bewegung und machen durchschnittlich jeden Tag 2500 Fahrten — oder ungefähr 95 Meilen. Um dem Gedränge im Hauptflur abzuhelfen, hat man kürzlich einen Skalator aufgestellt. Diese bewegliche Treppe führt nach dem zweiten Stockwerk und gewährt einen sicheren und bequemen Aufstieg.

Ein Umstand, der fortwährend betont werden sollte, ist, daß der Laden absolut feuericher ist. Die merkwürdigsten Sicherheitsmaßnahmen werden fortwährend beachtet. Der Laden ist auf mannigfaltige Weise gegen irgend welche Gefahr gesichert.

Der Damen-Vorort im zweiten Stockwerk ist einer von den „Features“ des Ladens. Er ähnelt dem Wartesaal eines riesigen Bahnhofs, nur mit dem Unterschied, daß er luxuriös eingerichtet ist. Er ist im Empire-Styl möblirt und mit prächtigen Lichteffekten ausgestattet.

Nur nebenbei möge hier bemerkt werden, daß in dem Gebäude über 1000 Meilen elektrische Drähte liegen.

Die anderen Theile des zweiten Stockwerkes sind hauptsächlich dem Verkauf von Damenmänteln, Kleidern, Pelzwaaren, Musslin-Unterleibern, kunstvollen Stickereien, Spielwaaren, athletischen Artikeln, roten und Wädhern gewidmet. Die Kundin kann sich hier mit Allem, was sie kauft, betheilen, selbst mit Unterleibern, da viele private Antikszimmer vorhanden sind. Die hohe Damenwelt versemblt sich gewöhnlich auf diesem Flur. Die neuesten Moden werden hier gezeigt, so schnell wie sie empfangen werden und stets in luxuriöser Reichhaltigkeit.

Im Kleider-Departement, im Hauptflur, treffen sich Männer und Knaben in die Etre, denn zu ihrem Besten ist ein großer Teil dieses Raumes abgetheilt worden. Das Herren-Kleider-Geschäft der Siegel-Cooper Company ist staunenregend. Die Ausstattungskriterien für Männer und Knaben befinden sich auf diesem Flur ganz in der Nähe der Kleider-Abtheilung. Es ist Alles sehr komfortabel und bequem. (Schluß folgt.)

Daß die früheren Ermahnungen keinen Erfolg gehabt haben, wird in dem vorliegenden Artikel zugegeben und ebenso wird auch diese Mahnung ungehört verhallen.

Die Postverwaltung scheint die Wichtigkeit der Abhilfe auch eingesehen zu haben; wenigstens deuten die eingeforderten Statistiken über die Verteilung der Auflieferung auf die einzelnen Stunden darauf hin.

Auch aus der Besetzung der Wagen und Schalter geht das Mißverhältnis deutlich hervor. Denn bei vielen Postämtern ist des Abends die Schalterbesetzung mehr als verdoppelt und es giebt Packtannahmestellen, bei welchen in den beiden letzten Stunden beinahe zehnmal so viel Wagen in Betrieb sind, als am Tage.

Die Verstärkung des übrigen Personals der Packtannern steht dazu natürlich in einem ähnlichen Verhältnis.

Wenn sich die Gesamtauflieferung gleichmäßig auf die Schalterzeit verteilen würde, könnte der Verkehr mit dem eingearbeiteten Personal ohne größere Verstärkung an nicht halb so viel Wagen bequem bewältigt werden.

Da sich nun der Schalterverkehr in der geschäftstärksten Zeit bis 9, sogar bis 1/10 Uhr Abends hinzieht, ist es eigentlich wunderbar, auf welche Weise die Pakete mit den letzten Transporten, die um 9/4 bzw. um 9 Uhr planmäßig abfahren, befördert werden können, zumal doch die Pakete nach dem Auslande und die Werthstücke noch einer besonderen Behandlung bedürfen.

Daß auf diese Weise Veraltungen in der Abfahrt, Zurückbleiben auf dem Bahnhof, Stellung von Postwagen u. dergl. an der Tagesordnung sind, ist leicht verständlich.

Ein ähnliches Bild bieten fast alle großen Postämter, besonders in Städten mit stark entwickelter Industrie; aber auch in mittleren und kleinen Orten fängt diese Unsitte an sich auszubreiten.

Anfänglich haben sich auch die Entlieferer von Massenpaketen, welche mit der Post ein besonderes Abkommen getroffen haben, in dem irigen Glauben befinden, daß sie ihre Pakete noch eine gewisse Zeit nach Schaltereschluß ohne Entlieferungsgebühr aufstellen dürfen. Wie bekannt, hat unsere oberste Postbehörde dieses Ansinnen zurückgewiesen und mit Recht bestimmt, daß auch für diese nach Schaltereschluß eingeleferteten Pakete die besondere Entlieferungsgebühr zu entrichten sei.

Es liegt auf der Hand, daß mangels einer einheitlichen Verfügung die Bestimmungen über den Schaltereschluß im Reichspostgebiet eine ganz verschiedene Auslegung gefunden haben.

Ordnung 3. B. ein Amtsvorleser an, daß ohne Rücksicht auf die Zeit der Schalterdienst bis zur vollständigen Abfertigung des Publikums auszubehalten sei, dann müssen alle Postämter an denselben Orte früher oder später folgen, um beschleunigt zu werden.

Es ist auch nach dem sogenannten Gewohnheitsrecht mit Sicherheit anzunehmen, daß ein Amtsvorleser, der sich diesem Gebrauch nicht fügen wollte, bei etwaiger Beschwerde von der vorgesetzten Behörde getadelt würde. Dabei spricht manchmal ein gewisser Konkurrenzneid mit, derselbe Reich, mit dem 3. B. Geschäftsboten verlangt werden, ihren Fremtarbeitsbedarf beim benachbarten kleineren Postamt zu decken, die Sendungen aber bei einem anderen Amte aufzuliefern.

Wollte man nun Nutzen und Schaden des Schalter-Andrangs gegen einander abwägen, wäre man mit dem ersten Punkte schnell fertig. Denn man könnte für die Postverwaltung höchstens darin einen Vorteil erblicken, daß sie bei dem jetzigen Verfahren einen Theile des Publikums über Gebühr entgegennimmt, während bei scharfer Handhabung der Bestimmungen in der ersten Zeit aus der Geschäftsliste Beschwerden eingebracht würden. Das ist aber, wie bei allen Neueinrichtungen, nur für die erste Zeit zu befürchten.

Die Vortheile, die aus einem geordneten Schalterverkehr entspringen, sind so zahlreich, daß man nur die wichtigsten aufzuzählen braucht.

Bei rechtzeitigen Schluß des Schalters würde die starke Abendauflieferung ungefähr eine Stunde früher eintreffen, der übermäßige Andrang kurz vor 7 bzw. 8 Uhr fällt weg, die Annahmestellen können die aufgeliessenen Sendungen ruhiger und ordnungsmäßiger bearbeiten, die Behandlung der Sendungen kann sorgfältiger erfolgen, die gewohnheitsmäßige Verpöschung der letzten Posten kommt in Wegfall und die letzten Abendzüge erhalten nicht mehr die ganze Abendauflieferung zur Beförderung zugeführt, so daß das häufige Zurückbleiben von Paketen wegen Platzmangel, Anschlußversäumnis u. s. w. vermieden wird.

Auch der Gesundheitszustand des Personals wird durch das regelmäßige übertriebene Gehen in unangenehmer Weise beeinträchtigt; Nervosität bei den Beamten und schwere Ermüdungen mit ihren Folgeerscheinungen bei den Unterbeamten, die sich nach überfülltem Verladen erhebt, sogar schweißbedeckte als Begleiter der Luft auf dem ungefüllten Güterpostwagen aufsetzen müssen, sind vielfach auf diese übermäßige Anspannung zurückzuführen.

Daß in der schnellen und sicheren Bewältigung des Arbeitspensums bei der Post das Menschennüthige geleistet wird, ist ja allgemein bekannt und in dieser Beziehung braucht ein Vergleich mit den Leistungen der Beamten anderer Verwaltungen nicht gemacht zu werden. Das Wort im Volksmunde: „Es geht zu, wie auf der Post“ bedeutet auch heute noch den Reford an Schnelligkeit und Halt beim Arbeiten.

Auch die fortwährenden Klagen über Unzulänglichkeit der Posträume sind zum größten Theil nur darauf zurückzuführen, daß die Räume im Allgemeinen wohl ausreichend wären, wenn nicht der Hauptverkehr unnötiger Weise auf die letzten Abendstunden entfiel.

Sind doch viele bedeutende Firmen schon dahin gekommen, ihre Sendungen sämtlich nur einmal am Tage oder richtiger am Abend und zwar kurz vor Schaltereschluß aufzuliefern. Man kann nur sich annehmen, daß von den für Postbauten 1908 geforderten 6 1/2 Millionen verschiedene Millionen nicht auf Konto der Verkehrssteigerung, sondern auf das Konto dieser tief eingetragenen Unsitte zu schreiben sind. Wie diese es sich sonst erklären, daß im Etat Erweiterungsbauplan für Post-

grundstücke vorgesehen sind, die erst vor 5 Jahren neu errichtet sind und schon jetzt dem Bedürfnisse nicht mehr genügen. — Man darf doch annehmen, daß die regelmäßige Verkehrssteigerung bei Aufstellung der Baupläne i. H. genügend in Betracht gezogen worden ist und es erscheint demnach ausgeschlossen, daß die Unzulänglichkeiten der Räume nur auf diese Ursache zurückzuführen sind.

Das weitgehende Entgegenkommen gegenüber dem nächstschlechtesten Theile der Aufseher kommt die Postverwaltung sonach theuer zu stehen; für die Beamten wäre es höchlich von größerem Werthe, wenn ein Theil der für die Erweiterungsbauplanen getorderten Summen zur besseren Ausgestaltung der gesundheitslichen Einrichtungen in den Postgebäuden verwendet werden könnte. Liegen doch heute die Verhältnisse so, daß die großen Annahmeräume, besonders die für Pakete, am Tage häufig beinahe leer stehen und nur des Abends in der letzten Stunde regelmäßig überfüllt sind.

Dieselbe Erscheinung wiederholt sich bei den der Paketbeförderung vom Amt nach den Bahnhöfen dienenden Güterpostwagen, die am Tage meist nur schwach beladen sind. Dagegen sind die letzten Transporte des Abends oft überladen, gehen infolgedessen vielfach verspätet ab und veräumen u. U. wichtige Anschlüsse. Außerdem ermachen der Postverwaltung durch die häufige, manchmal auch regelmäßige Bestellung von Postwagen ganz erhebliche Mehrkosten.

Bei dem billigen Einheitsporto für 5 Kilogramm-Pakete, wodurch nicht einmal die eigenen Lastkosten gedeckt werden, liegt aber die Postverwaltung gar kein Anlaß vor, durch übertriebenes Entgegenkommen ihrerseits die Spesen noch bedeutend zu erhöhen.

Bei genauer Zurechnung des 7 bzw. 8 Uhr-Schaltereschlusses würde der größte Theil der Aufseher, insbesondere die mit Einzelpaketen, nicht berührt. Nur die Firmen, die allen Ermahnungen der Postverwaltung und der Sanitätskammern gegenüber ihren absehenden Standpunkt beibehalten, wären nun gezwungen, ihre Voten so zeitig abzugeben, daß deren Abfertigung bis Schaltereschluß beendet sein kann.

Dem Personal solcher Firmen aber würde die Postverwaltung durch diese Beschränkung eine große und wohlverdiente Freude bereiten, denn dadurch würde ein großer Theil derselben rund eine Stunde früher nach Hause kommen. Es giebt nämlich trotz aller sozialpolitischen Gesetze Marktbesitzer, die jeden Abend mit der Paketlieferung bis frühestens 8 1/4 und spätestens etwa 9 1/4 Uhr zu thun haben und demnach regelmäßig erst zwischen 9 und 10 Uhr nach Hause kommen. Bei diesen Firmen herrscht nämlich der Mißbrauch, ihre Voten bis zum Schaltereschluß zu Hause auszumühen und nur einmal kurz vor Schaltereschluß mit der ganzen Tagesarbeit zur Post zu schicken. Wie lange dieselben dann dort warten müssen und wie durch das späte Nachhausekommen das Familienleben untergraben wird, daran denkt selten einer dieser Geschäftsbesitzer.

Derartige Brinnpale, glücklicherweise sind es ja nicht alle, dürfen sich dann nicht belagen, wenn der Postverwaltung endlich einmal der Geduldsfaden reißt. Welche Theile hätten durch die neue Einrichtung noch den Vortheil, daß durch pflichtmäßige Behandlung der Sendungen die Zahl der Ersatzfälle sich vermindern würde.

Bei dem übermäßigen Andrang vor Schaltereschluß ist es eigentlich wunderbar, daß nicht noch mehr Verlustfälle vorkommen. Trotzdem wird sicher manches Paket mit der Begleitadresse vor der Auflieferung am Schalter oder im Posthofe entwendet sein, während sich der Abfender im guten Glauben befindet, dasselbe richtig eingelefert zu haben. Derartige Vorkommnisse werden sich natürlich je öfter wiederholen, je stärker der Andrang vor den Annahmestellen ist. In ähnlichem Verhältnis wächst auch die Gefahr einer Tragverbindlichkeit für das Personal der Postverwaltung.

Die hier angeführten Beispiele sollen durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, es könnten vielmehr noch mancherlei Gründe aufgeführt werden, die die dringende Nothwendigkeit einer baldigen Abhilfe erkennen lassen. Wenn in den vorstehenden Ausführungen meist auf die Paket-Annahmestellen Bezug genommen ist, so ist es deshalb geschehen, weil bei diesen Stellen die Folgen einer derartigen Unsitte am meisten in die Augen springen; selbstverständlich liegen die Verhältnisse auch bei den übrigen Schalterstellen ähnlich.

Daß es in dieser Richtung nicht mehr weiter gehen kann, empfindet wohl jeder Postbeamte und es handelt sich nur noch um den Weg zur Abhilfe.

Die Postverwaltung hat schon früher in einigen Großstädten einschränkende Bestimmungen getroffen, z. B. in Berlin durch Einführung des 7 Uhr-Schlusses für Pakete. Im Reich herrschen aber vielfach außerordentliche Mißstände, die ein Einschreiten unserer obersten Behörde recht wünschenswert machen.

Die einfachste Lösung der besten Frage wäre nun die, alle Schalter ebenso pünktlich zu schließen als zu öffnen und zwar ohne Rücksicht auf die noch nicht abgefertigten Personen. Um nun aber nicht, wie man zu sagen pflegt, mit der Thür ins Haus zu fallen, könnte vorläufig eine Bestimmung getroffen werden, daß die Abfertigung des Publikums an den Schaltern 1/4 Stunde nach Schaltereschluß überall eingestellt werden muß. Nach dieser Zeit ist dem Publikum ausreichend Gelegenheit geboten, Pakete und eingeschriebene Briefe gegen eine besondere Gebühr zur Auflieferung zu bringen.

Ob für die Zeit des eigentlichen Weihnachtverkehrs Erweiterungen einzutreten hätten, könnte das Reichspostamt vorher verfügen.

Hoffen wir, daß dieser gewiß bescheidene Wunsch an maßgebender Stelle Gehör findet und daß damit eine alte Unsitte endgültig beseitigt wird. Eine derartige Bestimmung würde nicht nur vom gesammten Personal des Betriebsdienstes mit Freude begrüßt werden, sondern würde auch der Postkasse großen Nutzen bringen.

Mit den von der Postleitung gemachten Vorschlägen, die zur Abhilfe der geringsten Uebelstände führen sollen, können wir uns leider nicht einverstanden erklären. Nicht

ein pünktlicher Schaltereschluß, sondern ein früherer Schaltereschluß ist notwendig. Wir fordern, daß Punkt 6 Uhr Abends die Eingänge zum Paket-Ablieferungsraum, wie dies in Berlin heute schon theilweise geschieht, geschlossen, den bereits um diese Zeit sich im Postamt befindlichen Marktbesitzer und Geschäftsbedienten aber ihre bereits im Postamt lagernden Pakete noch abgenommen werden. Das bedeutet faktisch so wie so schon den 7 Uhr-Schaltereschluß, ein Zeitpunkt, der unbedingt eingehalten werden muß, sollen die Pakete noch am selben Abend weiter befördert werden. Ein pünktlicher Abnahmeschluß, der seitens der Postzeitung vorgeschlagen wird, würde nur zur Folge haben, daß die Drängerei und Drückerei in der letzten halben Stunde seitens der Geschäftsbedienten eine noch viel schlimmere würde, als sie heute schon ist, und die Marktbesitzer wären gezwungen, erst recht von der Macht des Stärkeren Gebrauch zu machen. Jeder Marktbesitzer und Geschäftsbedienter müßte schon in seinem Interesse bestrebt sein, seine Pakete noch vor dem Glockenschlage an den Mann zu bringen und dadurch würde natürlich erst recht die größte Keule entstehen. Die Postzeit würde dann ständig im Postamt zur Aufrechterhaltung der nöthigen Ruhe und Ordnung anwesend sein müssen.

Die Vorschläge der Postzeitung würden sich also in der Praxis nicht durchführen lassen und das alte System würde nach und nach immer wieder einreisen.

Das alles ist aber bei einem Schluß des Eingangs zur Post um 6 Uhr Abends nicht zu befürchten. Die Geschäftsbedienten, wenn sie nur wollen, ihre Pakete bis 6 Uhr ganz gut zur Post bringen. Müßten dringende Pakete — es können dies ja nur einzelne sein — nach 6 Uhr unbedingt expedirt werden, dann kann für dieselben auch eine Extragebühr entrichtet werden.

In Berlin werden heute schon für dringende Pakete, die nach Postschluß zur Aufgabe gelangen, 20 Pf. Extragebühr gefordert und wir können nur sagen, daß sich dieses System bewährt hat. Durch Einführung der Aufgabemöglichkeit dringender Pakete wird auch den Gegnern des frühen Postschlusses die Hauptwaffe entwendet, sie können nicht mehr erklären, daß in wirklich dringenden Fällen Pakete nicht auch noch später ausgegeben werden können.

Der Postfiskus erntet dabei, er eröffnet sich eine neue Einnahmequelle und andererseits sind die Angestellten der Geschäfte geschäftig, die Geshf werden sich hüben, für Hunderte von Paketen eine Extragebühr von 20 Pfennig pro Paket zu bezahlen, da sorgen sie denn doch lieber dafür, daß ihre Geschäftsboten rechtzeitig vor Schluß die Post erreichen.

Es ist daher im Allgemeininteresse nur zu wünschen, daß die Post die vorgeschlagene Reform zu aller Vortheil bald und energisch durchführt.

### Vom Dämon Alkohol.

Der ungeheure Schaden, welcher durch den Alkoholgenuss der Volksgesundheit zugefügt wird, ist bisher in Arbeiterkreisen noch nicht genügend gewürdigt worden. Man überläßt die Bekämpfung des Alkohols den bürgerlichen Entfallsamteits- und Mäßigkeitsvereinen. Die Arbeiter hatten derartigen Bestrebungen gegenüber ein gewisses Mißtrauen; sie sagten sich, diese Leute wollen uns nur unser gemüthliches Glas Bier vereteln; gönnen uns nicht das bishigen Vergnügen, mit unseren Kollegen zusammen mal einige frohe Stunden zu erleben, wo doch so'n Glas Bier erst die richtige Stimmung erzeugt; man will uns nur in unserer Lebenshaltung herabdrücken, indem man uns sagt: Ihr könnt so und soviel sparen, aber: Ihr braucht so und soviel Geld weniger, wenn Ihr kein Bier oder Schnaps mehr trinkt. Hintz; wer würden dann wohl unsere Herren Arbeitgeber bald mit Lohnherabsetzungen kommen, sich darauf berufend, daß man ja nicht mehr soviel zum Lebensunterhalt brauche, nachdem man kein Bier und Schnaps mehr trinke.

Dieses Mißtrauen hatte eine gewisse Berechtigung, wenn man sich die Herrschaften ansieht, die sich vornehmlich mit der Bekämpfung des Alkoholgenusses beschäftigt haben. Es ist wohl so mancher darunter, auf den man Heine's Wort anwenden könnte: — „Ich kenne die Weise, kenne den Text, kenne auch die Verfasser, sie trinken heimlich den goldenen Wein und predigen öffentlich Wasser.“

Erst seit einigen Jahren hat sich innerhalb der organisierten Arbeiterchaft die Erkenntnis von der ungeheuren Schädlichkeit des Alkohols Bahn gebrochen. In vielen Städten haben sich abstinente Arbeitervereine gebildet. In einigen Städten haben diese Vereine sogar schon eigene Lokale eröffnet, in denen nur alkoholfreie Getränke verabreicht werden. Auch in den Gewerkschaften und in der Partei macht sich diese Bewegung bemerkbar. Wir wollen uns hier nicht dafür ins Zeug legen, daß Partei und Gewerkschaften die Alkoholbekämpfung in ihr Programm aufnehmen sollen, aber ganz außer Acht darf man dies doch nicht lassen, man müßte viel mehr als bis dato in der Presse und in Versammlungen die Mitglieder und Genossen anerkennen über die Schädlichkeit, welche der Alkoholgenuss für den Einzelnen sowohl wie für die Gesamtheit hat. Es ist doch ohne weiteres klar, daß der Mensch, welcher nüchtern ist und seinen Geist nicht erst durch Genuss eines oder mehrerer Gläser Bier oder Schnaps angeregt hat, ein viel klareres Denken hat und viel überlegter handelt als der, der sich erst „Mut“ getrunken hat. Denn solch ein angetrunkenes „Mut“ hält nicht mal so lange vor, wie das genossene Getränk im Leibe, im Oegentheil, der Magenjammer stellt sich sehr bald ein.

Wie mancher Streit ist z. B. schon verloren gegangen, der in einem derartigen „nüthigen“ Zustand angefangen wurde. Und nun gar im Streit selbst, ist es da nicht nöthig, fortwährend klaren Sinnes zu sein? Muß man da nicht jeden klüftigen Moment benutzen? Muß die Streikleitung nicht Alles aufbieten, daß die Arbeiter nicht auf die diversen Prostrationen reagieren? — Da heißt es doch wirklich: nüchtern muß Alles sein, ruhigen Sinn und kaltes Blut bewahren. Und das kann nur der, der sich aller aufregenden Getränke enthält.

Wie weit indes die Abstinenzbewegung unter den Arbeitern fortgeschritten ist und welche moralische Macht sie bereits darstellt, das konnte man so recht auf dem in Bremen stattgefundenen internationalen Kongress zur Bekämpfung des Alkohols beobachten. Eine bunte gemischte Gesellschaft aus aller Herren Länder war dort vertreten. Darunter die Guttempler, wohl die größte derartige internationale Vereinigung, welche die Entfallsamkeit als eine Art religiöse Lebung betreiben und in allen größeren Städten Europas und Amerikas Logen, d. h. Vereinshäuser haben, wo sie ihre Versammlungen und feierlichen Veranstaltungen abhalten. Jeder, der in diesen Guttemplerorden eintritt, muß ein Gelübde ablegen, daß er dem Alkoholgenuß entsagt. Dann sind zu nennen die Vereine vom blauen Kreuz, christliche Vereine, welche den Alkoholkonsum durch Beten, Singen und Traktatvertheilen bekämpfen. Weiter waren vertreten katholische und evangelische Abstinenz- und Mäßigkeitsvereine. Vereine abstinenter Passione, Studenten und Kaufleute. Weitere geben sogar eine eigene Zeitung heraus; bei den beiden letzteren lohnt es sich wohl nicht, vielleicht ist die Mitgliederzahl zu gering. Ferner waren auch noch die bekannnten Vereine gegen den Mißbrauch geistiger Getränke vertreten und endlich auch die Vereine abstinenter Arbeiter. Außerdem waren noch verschiedene Weiber-, Disziplinar-, Heilanstalten resp. Weiter, Sanitätsreformer und sonstige Interessenten anwesend.

Daß bei einer derartig zusammengewürfelten Gesellschaft alle möglichen Anschauungen zu Tage treten und jeder sein besonderes Mittel zur Bekämpfung des Alkoholkonsums empfiehlt, braucht hier wohl nicht weiter erörtert werden. Eine wahre Oase in der ewigen Wüste des Moralismus war es daher, wenn dann ab und zu mal einer unserer Genossen zu Worte kam und die Herrschaften darauf hinwies, daß der Alkoholisimus lediglich eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist und erst mit dieser vollkommen verschwinden werde. Allerdings sei zugegeben, daß nicht jeder aus Noth zum Säufser werde, das werde ja bewiesen durch die Trinker besserer Stände, aber bei der großen Weirzahl sei es doch das Bedürfnis, sich über vorhandenes Gland hinwegzusetzen, welches zum ersten Schnaps verleite. Ist dieser erste Schritt gethan, dann folgen auch bald weitere. Man müsse vor allen Dingen danach trachten, dem Arbeiter höheren Lohn zu erringen, dann könne er sich besser nähren und brauche sich nicht den Hunger durch Schnaps wegzutun; auch bessere Wohnungen müsse man dem Arbeiter bieten, um ihm die Gesundheit so zu gestalten, daß er die zweifelhafte Gemüthsheit des Wirtschafters meiden. Besonders interessant waren die Ausführungen unseres Genossen F. L. Schmidt, Lehrer in Niederlande. Dieser führte als Beispiel die Diamantarbeiter Hollands an. Früher wegen ihrer Trunksucht die verurtheilteste Arbeitergruppe Hollands, haben sie es verstanden, sich durch gewerkschaftliche Organisation höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen, stehen jetzt an der Spitze der Abstinenzbewegung und sind die Elite der holländischen Arbeiter.

Es soll nun nicht gesagt sein, daß das, was dort möglich war, überall möglich ist; wir wollen auch nicht der Bildung von abstinenter Arbeitervereine das Wort reden, weil dadurch eine Kräftezerpflünderung einreißt, die uns, wo der Klassenkampf immer heftiger wird, verhängnisvoll werden könnte. Andererseits wollen wir auch nicht die Gewerkschaften und Parteien veranlassen, den Kampf gegen den Alkohol in ihr Programm aufzunehmen. Aber soviel müssen wir verlangen, daß man dem Alkohol bekämpft überall da, wo sich nur irgendwo Gelegenheit bietet, und hier kann das Beispiel sehr viel nützen. Sehen die Massen der Arbeiter, daß ihre Führer dem Alkohol Ralet gesagt haben, dann werden auch immer mehr und mehr nachstern; der Nachahmungstrieb ist nun mal beim Menschen vorhanden und hier muß er mal für eine gute Sache ausgenutzt werden. Es ist durchaus notwendig, überall da, wo sich Schäden am Gesellschaftsfortschritt bemerkbar machen, diese zu bekämpfen. Wir dürfen, wie der alte Prof. Forel aus Ghigny (Schweiz) sagte, nicht zusehen, wie der Alkoholisimus einen unserer Arbeitsbrüder nach dem anderen in den Sumpf hinabzieht; wir dürfen nicht mit verdammten Armen fatalistisch dastehen und warten, bis die wirtschaftliche Entwicklung den Kapitalismus überwinden hat und damit alles Gland gewissensmäßig von selbst verschwindet. Nein, wir müssen kämpfen gegen eine Seuche, welche die Menschen unfähig zu machen droht, die hehren Ideale des Sozialismus zu verwirklichen. Und deshalb, um nochmals mit Professor Forel zu reden:

Krieg dem Kapitalismus und dem Alkoholisimus!

**Viel Geschrei und wenig Wille.**

„Dumme, die bellen, beißen nicht“, sagt ein altes Sprichwort. Und je kleiner der Hund, je weniger gefährlich er ist, desto mehr bellt er. Er bellt und bellt, mehr wie ein großer Hund, denn sein Instinkt gaukelt ihm vor, das Bellen könnte wenigstens einen Theil der fehlenden Größe und Stärke ersetzen. Diese selbe Art der Wichtigmacherei kann man bei bestimmten Exemplaren der Spezies homo beobachten. Je kleiner, unscheinbarer und unbedeutender gewisse Leute sind, desto mehr blähen sie sich auf, desto voller nehmen sie den Mund, um durch Schreien das zu erreichen, was ihnen in Bezug auf Wissen und Können fehlt.

Solche Leute gibt es leider auch inmitten der deutschen Arbeiterbewegung. Wenn zwei Deutsche irgendwo zusammen kommen, gründen sie beständig immer einen Verein. Diese Manie hat auch unter Arbeitern zu deren Schaden Platz genommen. Entsetzt irgendwie, bedingt durch sich stets erneuernde Verhältnisse ein scheinbar neues Versehen, flugs muß es auch schon sein Verbändlein haben. Die angeblich „eigenartigen“ und „besonderen“ Interessen müssen dann herhalten, um die Vereinsmeierei und Vorstandsämterjägeri unklarer Köpfe nach außen hin nothwendig zu verkleiden.

Auf diese Weise ist beispielsweise der gänzlich überflüssige und die übrige Arbeiterschaft schädigende Lagerhalter-Verband“ zu Stande gekommen. Begründet wird die Nothwendigkeit seiner Existenz lediglich damit, daß für die Lagerhalter in Konsumvereinen andere Verhältnisse maßgebend seien, als für die Handlungsgehilfen im Allgemeinen. Das mag insoweit zutreffen, als viele Lagerhalter vom Handelsgewerbe, von der Behandlung der Waaren, der Bedienung der Kundschaft so viel verstehen, wie etwa die Kuh vom Lautenschlagen, sie sich daher mit den gelehrten Handlungsgehilfen und auch mit recht vielen Martthelfern und Geschäftsdienern in Bezug auf Berufskenntnisse nicht vergleichen können. Daraus indes die Nothwendigkeit einer besonderen Organisation abzuleiten, ist um so mehr absurd, als die Lagerhalter in gemeinsamer Organisation mit den Handlungsgehilfen von diesen sehr viel lernen und sich wenigstens theilweise die Routine aneignen könnten, die zur Leitung eines Geschäftsstandes und im Verkehr mit dem Publikum unbedingt nothwendig ist.

Es ist aber natürlich viel bequemer, sich ein eigenes Verbändlein zu gründen; man kann dadurch nach außen den Schein wahren, daß man einer gewerkschaftlichen Organisation angehöre und braucht dafür nicht allzu große Anstrengungen zu machen. Dem Lagerhalter-Verband ist es ein Leichtes, mit niedrigen Beiträgen auszukommen. Streiks und Anstrengungen der Lagerhalter sind fast gänzlich ausgeschlossen. Fonds für Lohnkämpfe brauchen die Lagerhalter folgedessen nicht aufzunehmen. Dieses Hauptverdienst aller sonstigen Arbeitergewerkschaften fällt in Anbetracht dessen, daß die Arbeitgeber jener sich aus meist selbst gewerkschaftlich organisierten Arbeitern rekrutieren, fort. Durch Schaffung eines eigenen Verbandes befreien sich also die Lagerhalter glauerweise von einem Theil der Lasten, die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sonst immer tragen müssen.

Die Lagerhalter, die im Durchschnitt wirtschaftlich weit besser gestellt sind als die Arbeiterschaft im Allgemeinen, sie spielen Drückeberger, wenn es gilt Lasten zu tragen, sie appellieren aber sofort an die Solidarität derselben Arbeiterschaft, wenn ihnen irgend etwas in ihrem Arbeitsverhältnis nicht in den Kram paßt. Diese Herrschaften scheuen sich auch nicht im egoistischen Interesse des eigenen Guts, der Gewerkschaftsbewegung durch mögliche Aufzählung kleiner und kleinster Mißstände in den Arbeiterkonsumvereinen — denen abgeholfen würde, ohne daß an die Öffentlichkeit zu appellieren nothwendig wäre — Brägel zwischen die Beine zu werfen und den Gegnern Waffen zu liefern. Hinterdrein thun sie wieder so, als wäre nichts geschehen und appellieren wieder an das Solidaritätsgefühl derjenigen Arbeiter, die sie in ihren Versammlungen nicht genug herunterreißen konnten.

Daß sich dieses Spiel nicht immer treiben läßt, daß die übrige Arbeiterschaft endlich einmal derartige Maximen und Winkelzüge durchschauen muß, das ist schließlich den Lagerhaltern selbst klar geworden. Und deswegen die Bestrebungen zur Schaffung eines allgemeinen Verbandes der Genossenschaftsangehörigen. Das Verbändlein ist zu klein, es möchte gerne größer sein, um der eigenen Ohnmacht in etwas zu wehren.

Nicht nur die Arbeiterschaft im Allgemeinen, nein, auch die übrigen Genossenschaftsangehörigen sollen in Zukunft für die Herren Lagerhalter die Kastranten aus dem Feuer holen, damit sich diese die Finger nicht zu verbrennen brauchen.

Als wir von dieser Absicht hörten, fiel uns unwillkürlich die Fabel vom Fuchs und den Hühnern ein. Die Fuchse wollen die Hühner organisieren, gemeinsam sollen beide eine Verbesserung der Lebensbedingungen durchsetzen. Daß die Lagerhalter eine Art Arbeitgeber sind, die ihre Untergeordneten nicht immer als gleichberechtigte Mitarbeiter behandeln, das haben wir in diesem Blatte hundemal nachgewiesen. In einer gemeinsamen Organisation könnten dann die Lagerhalter ihren Unterdrückungsgelüsten doppelt frohnen, sie wären dann davor sicher, daß ihre Helmschutten gegenüber dem ihnen untergeordneten Personal, seien es nun Verkäuferinnen, Markthelfer oder Kutscher, ans Tageslicht kommen. Diese Voraussetzungen mögen ein Grund mehr für die Lagerhalter sein, einen allgemeinen Genossenschaftsangehörigen-Verband zu gründen, sie dürften aber die sonstigen Genossenschaftsangehörigen zu großer Voracht mahnen.

Zugegeben, daß von einem oder dem anderen kurzschichtigen Kollegen aus unseren Reihen, vielleicht von Reuten, die nicht gerne für ihre Organisation größere Opfer bringen, der Wunsch nach Schaffung eines Genossenschaftsangehörigen-Verbandes ausgesprochen worden ist, obwohl wir auf Grund unserer Erfahrungen bezweifeln, daß es wirklich solche dummen Kerle in unseren Reihen gibt, so berechtigt das die Lagerhalter noch lange nicht, sich auf solche gelegentliche Neuerungen verlässiger Personen zu berufen. Indeß, die Herren brauchen einen Vorwand, um ihr lichtscheues Beginnen zu verdecken und daher die ebenso fabelhafte dumme Ausrede, die Genossenschaftsangehörigen wünschten die Gründung des besagten Verbandes selbst. Die Lagerhalter stellen sich als die unbedingten Vorkämpfer hin, die kein Wasserlein trüben könnten, der Schwanz, in den sich die Wölfe hüllen, ist aber nur zu deutlich zu merken. Wie sehr sich die Herrschaften in der Patsche befinden und selber ihr Unrecht fühlen, beweist, daß sie auf die, wenn auch scharfe, so doch rein sachliche Resolution unserer Generalversammlung nicht nur außer Rand und Band gerathen sind, sondern auch mit persönlichen Beschimpfungen und Verleumdungen einzelner unserer Vorstandsmittelglieder antworten. Dort, wo die Herren außer Stande sind, mit sachlichen Gründen uns zu widerlegen, fangen sie nach bekanntem Rezept mörderisch zu schimpfen an, womit sie sich natürlich in den Augen aller anständig und rechtlich denkenden Menschen erst eine recht große Blöße geben und ihre Bestrebungen selbst richten.

Die Herren belächeln es, die Dinge so hinzustellen, als sei unsere Resolution ein Produkt der Rede Josephohn's. Diese Armen im Geiste sind wirklich

zu bedauern. Sie wissen nicht einmal, daß in großen Organisationen solche prinzipiellen Erklärungen niemals ein Produkt des Augenblicks oder einer momentanen Eingebung sein können. Lange vorher, bevor Josephohn den Mund aufthat, befand sich die Resolution in Händen der Delegirten und die Josephohn'schen Ausführungen trugen nächst den Darlegungen verschiedener Konsumvereins-Markthelfer, die als Delegirte anwesend waren, höchstens dazu bei, daß die Resolution einstimmig angenommen wurde.

Die Delegirten aus den verschiedenen Orten bestätigten, daß unter den Lagerhaltern fast überall — nicht an einem Orte — Bestrebungen vorhanden seien, einen Genossenschaftsangehörigen-Verband zu gründen und die heute unserem Verbande angehörenden Genossenschaftsarbeiter aus diesem herauszureißen und jenem zuzuführen. Es wurde ausdrücklich konstatiert, daß dieses bereits in München und Augsburg geschehen ist.

Wenn die Leitung des Lagerhalter-Verbandes befreit, außer den „gedenkten“ zehn Dresdener Kontoristen Angehörige anderer Verbände aufgenommen zu haben, so nehmen wir zur Ehre ihrer Wahrheitsliebe an, daß sie selber nicht weiß, wer Mitglied ihres Verbandes ist. Es ist dies zwar kein Zeichen einer geordneten Vereinsführung, aber doch nun mal wie die Dinge liegen, nicht zu ändern.

Auf unserer General-Versammlung wurde die Thatfache ausdrücklich konstatiert, daß dem Lagerhalterverband Verkäuferinnen und Markthelfer schon an verschiedenen Orten angeschlossen, und würden wir der Leitung genannten Verbandes rathen, sich von ihren Vertrauensleuten in dieser Beziehung besser informieren zu lassen, damit sie nicht wieder fahrlässiger Weise Behauptungen aufstellt, durch die sie sich vor der Öffentlichkeit unsterblich blamirt.

In Augsburg ist uns durch das eigenartige Vorgehen des Lagerhalter-Verbandes, dadurch, daß er die Mitglieder unseres Verbandes sich einmischte, eine blühende Verwaltungsstelle zum Zerfel gegangen, und wir haben alle Ursache, dafür zu sorgen, daß der Lagerhalterverband derartige, die allgemeine Arbeiterbewegung unheimlich schädigenden Praktiken ein für allemal gründlich ausgetrieben werden. Wir haben die Lagerhalter mit ihrer Vereinspielerei so lange in Ruhe gelassen, als sie die Angehörigen unseres Berufes nicht belästigten, jetzt, wo sie auch in deren Reihen ihre Zerpflünderung und Sonderorganisationsbestrebungen hineinzugetragen versuchen, werden wir gewiß nicht dem gegebenen schlechten Beispiele des persönlichen Angriffs folgen, aber das nicht effizienzberechtigte Sonderverbändlein selbst an die Wand drücken, daß es quiesch!

Wenn die Lagerhalter nicht verstehen wollen, was man in den Arbeitergewerkschaften moderner Richtung über ihre Sonderbestrebungen denkt, wenn sie nicht einsehen wollen, daß sie durch Abspaltung von der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung diese direkt und indirekt einmischlich schädigen, dann muß es Sache dieser sein, jenen über den Begriff „Solidarität“ die nöthige Aufklärung zu theil werden zu lassen.

Die Lagerhalter kommen fast durchwegs aus den verschiedensten gewerkschaftlichen Organisationen. Nur diesen haben die meisten Lagerhalter ihre jetzige Stellung zu verdanken, und daher haben sie auch die verbannte Pflicht, diesen Organisationen treu zu bleiben, als nunmehr unabhängige Leute erst recht an dem Ausbau und dem Wirken jener mitzuwirken, nicht aber der höheren Beiträge wegen diesen schände und treulos den Rücken zu kehren.

Wollen die Lagerhalter das nicht, dann haben sie sich gefälligst in den allgemeinen Handlungsgehilfenverband hineinzuschleppen und dort ihre gewerkschaftlichen Pflichten so zu erfüllen, daß dieser Verband blüht und den an ihn gestellten Forderungen entspricht. Die ungemein faule und dumme Ausrede, daß die Person Josephohns den Lagerhaltern den Beitritt zum Handlungsgehilfenverband verleihe, kann um so weniger maßgebend sein, als ja die sonst so schlauen Lagerhalter-Führer es dann in der Hand haben, eine ihnen genehme und ihrer geistigen Höhe entsprechende Vereinstellung an Stelle des unfähigen Josephohn zu setzen. Daß der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband dem Zentralverband der Handlungsgehilfen moderner Richtung soviel Abbruch gethan hat, ist weniger der Leitung des Letzteren als der Eigenbräudelei der Lagerhalter zuzuschreiben, die sich, obwohl unabhängig vom Privatunternehmer, von der Arbeit im Handlungsgehilfen-Verbande einfach gedrückt haben. Dem Handlungsgehilfen-Verband fehlen zu seiner Ausbreitung die unabhängigen Kräfte, Leute, die, ohne Rücksicht auf den Arbeitgeber nehmen zu brauchen, die Interessen der Verbandsmitglieder ungeachtet und rücksichtslos wahrnehmen können. Diese Leute müssen die Lagerhalter stellen, denn ihnen genädert die Arbeiterschaft unabhängige Stellungen, die aber nicht zum Müßiggang, sondern zu vermehrter gewerkschaftlicher Arbeit ausgenutzt werden sollen. Nicht ein Patent auf Fräulein erhält der Lagerhalter bei seiner Anstellung in einem Konsumverein, sondern er übernimmt die Verpflichtung, mehr als bisher sich in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. Hut er das nicht, dann ist er auch der Vertrauensstellung, die ihm die Arbeiter in der bestimmten Voraussetzung seiner Pflichterfüllung geben, nicht wert.

In Deutschland zählen wir mehr als eine halbe Million organisationsfähiger Handlungsgehilfen und -Gehilfen, und diese Zahl ist in rapider Steigung begriffen. Wären die Lagerhalter in ihrer Weisheit nicht so traffe Geoffen und kurzschichtige Eigenbräuler, wären sie Altruisten und hätten sie nur ein Fünkchen gewerkschaftlichen Idealismus im Leibe, dann müßte es ein Ziel für sie sein, die Kerntruppe, die Avantgarde eines Verbandes zu bilden, der über ein so riesengroßes Rekrutierungsgebiet verfügt, der bei einigermaßen heftiger und geschickter Arbeit in absehbarer Zeit einer der stärksten und finanziell fruchtigsten Gewerkschaftsverbände sein kann. Nicht in kleinen Zweigverbänden sieht die Arbeiter-

Bewegung ihr Ziel, sondern in großen und mächtigen Organisationen... Erfüllen die Lagerhalter in dieser Richtung ihre Pflicht, dann allein nützen sie auch der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Von diesem Standpunkte aus wird in Zukunft — darüber hat der Vertreter der Generalkommission auf unserer Generalversammlung zum Mißverständnisse der Sonderbündler keinen Zweifel gelassen — die Organisationsfähigkeit der Lagerhalter beurteilt werden. Die Lagerhalter haben also die Wahl; halten sie ferner eifrig an ihrer Sonderorganisation fest, dann blüht ihnen der Kriegszustand mit allen anderen Gewerkschaftsorganisationen, stellen sie sich, wie es ihre unabweisbare Pflicht ist, in die Reihen ihrer kämpfenden Brüder, dann, aber nur dann, werden diese den Lagerhaltern gegenüber jederseitig volle Solidarität üben.

Bis den Lagerhaltern die Erkenntnis ihrer Pflicht der Allgemeinheit gegenüber aufzuklären, wird unser Verband den Herren gehörig auf die Finger sehen, ob ihnen dies paßt oder nicht.

**Aus unserem Beruf.**

**Feuwerker.**

**Samburg.** In der letzten Mitgliederversammlung wurde die Beteiligung an dem Maidemonstrationszuge besprochen. Daraus erfolgte durch Wahl die Ergänzung der Arbeitsnachweiskommission, sowie der Sonntagstrottkommission. Daraus verlas der Vorsitzende ein Schreiben der Arbeitgeber, welches besagte, daß einige Punkte des Vortrags nicht durchführbar seien, ohne die Existenz der Betriebe in Frage zu stellen. Es wären daher neuerdings Verhandlungen erwünscht. An dem Vortrage soll nicht gerüttelt werden. Es haben bereits Verhandlungen stattgefunden, wobei die Arbeitgeber den Wunsch äußerten, die Arbeitszeit von 6—8 Uhr einzuführen. Ferner sollen die Belegkräfte erst nach 3 Monaten den Minimallohn erhalten. Nach eingehender Diskussion wurde beschloffen, dem Antrag der Unternehmer nur unter der Bedingung zuzustimmen, daß der Tarif auf ein Jahr festgelegt und der Arbeitsnachweis anerkannt wird. Die Verarmung des Arbeitsnachweises wird in Zukunft wieder von der Organisation allein, ohne Zuziehung der Unternehmer geführt.

Die **Feuwerker Mannheims** befinden sich in einem Abwehrkampf. Zugang ist daher streng fern zu halten. Näherer Bericht in nächster Nummer.

**Mannheim.** Eine recht zahlreich besuchte Versammlung der hiesigen Feuwerker fand am 19. April statt. Nach einer Ansprache des Bevollmächtigten Koll. Brülling referierte Arbeitersekretär Müller über den Zweck und Aufgaben der Organisation. Die trefflichen Ausführungen des Redners bewogen 24 Kollegen, dem Verbands sofort als Mitglieder beizutreten. Es wurde dann noch beschlossen, eine rege Agitation zu entfalten, um die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen.

**Handelsarbeiter.**

**Arbeitslosigkeit** hat den 54 Jahre alten Hausdiener Friedrich Werlins aus der Wismstraße 6 in den Tod getrieben. Der Mann hatte seit Weihnachten keine Arbeit mehr, litt aber keine Noth, da seine fünf erwachsenen Kinder, die bei den Eltern wohnen, gute Stellungen haben. Es scheint jedoch, daß ihm das Gefühl, sich von seinen Kindern ernähren lassen zu müssen, unerträglich war. Gestern Vormittag fand ihn eine Hausgenossin im Keller erhängt auf.

So geht es. Ist der Hausdiener erst alt und sind seine Knochen mürbe geworden, dann will ihn kein Unternehmer mehr beschäftigen. Deshalb sollen die Kollegen schon, so lange sie noch jung sind, darnach trachten, sich mit Hilfe der Organisation ein besseres Dasein zu erkämpfen.

**Ein gutes Zeichen** dafür, daß das Verständnis für die Zwecke und Ziele unseres Verbandes unter den Kollegen erfreulicher Weise immer mehr Platz greift, ist ein Vorgang, der sich kürzlich bei der hiesigen Expeditionsfirma Jacob & Valentin abspielte. Anlässlich der Rückkunft ihres Chefs, des Herrn Kommerzienrathes Jakob, aus dem Wade, hatten die Arbeiter der Firma dem Chef einen Blumenstrauß verehrt. Herr Jakob überwieß hierauf den Kaufmann und Arbeitern 50 Mk., welche Summe von diesem, mit dem Einverständnis ihres Chefs, dem Verbands überwiesen wurde, so könne das Geld wohl besser seinen Zweck erfüllen, als daß es vertunt würde.

**Vorsicht ist die Mutter der Weisheit.** Einige bei der Firma Kampfmeyer in Wolsbann beschäftigten Kollegen unterließen sich eines Tages während einer Pause im Nebenraum des Kontors über die schlechte Bezahlung und die Nothwendigkeit einer Lohnerhöhung. Diese Unterhaltung wurde theilweise vom Kontorpersonal beobachtet, andererseits fanden sich zwei Angestellter, die dem Chef brüderlich zutraten, was gesprochen worden war. Der Stadtrath Kampfmeyer wollte die Unzufriedenheit nicht erst in seinem Betriebe einmischen lassen, aber statt die Löhne zu erhöhen, wandte er das Mittel der Maßregelung der Rädelstührer an.

Einem Vertreter unseres Verbandes gegenüber war Herr Kampfmeyer sehr höflich, er meinte, daß er die höchsten Löhne am Orte bezahle. Den alten Leuten hätte er, wenn diese gekommen wären, die Forderungen bewilligt, nicht aber den jungen Heißspornen. Dieses sollten sich erst die nötigen Erfahrungen sammeln.

Nun, aufgehoben ist nicht aufgehoben, es wird auch die Zeit kommen, zu welcher wir mit dem Herrn Stadtrath ein ernstes Wortlein reden können.

Die „braven“ Arbeiter Brendel und Meyer werden gewiß für das Weizen auch noch ihren verdienten Lohn bekommen. Die Nemesis schreiet manchmal schnell.

**Was man einem Hausdiener bietet.** Die „Mitteldeutsche Zeitung“ brachte kürzlich folgende Notiz: Das Fingergewürmchen findet eine große Beleidigung durch eine Verhandlung vor der Strafkammer. Die Gattin eines Charlottenburger Arztes hatte vier Wochen

in einem Hlinsberger Logirhause gewohnt. Sie zahlte außer der festgesetzten Miete wöchentlich eine Mark Trinkgeld an den Logirhausbesitzer. Außerdem gab sie dem bedienenden Mädchen sechs Mark beim Abschied. Dann war noch ein Trinkgeld heiserender Gestalt im Hause, der brave Hausknecht, der für die Doktorfrau aber nur hin und wieder ein paar Schube gewischt hatte. Ihm drückte beim Abschied die Dame 1,50 Mk. in seine stets offene Rechte. Da kam sie aber schön an, denn damit war der Hausknecht nichts weniger als zufrieden. Die Dame lehnte eine Mehrzahlung entschieden ab. Nun versuchte der Trinkgeldwütige einen Gemalstreich; er nahm der Dame Hutschachtel und Regenschirm weg und drohte, ihr die Sachen nicht eher zurückzugeben, bis sie ein höheres Trinkgeld bezahle. Die Hutschachtel entriß zwar die Dame dem lebenswütigen Hausknecht wieder, allein die Schirme brachte er in Sicherheit. Erst später hat er sie auf Ersuchen der Behörde wieder herausgegeben. Eine etwas eigenthümliche Stellung nahm der Logirhausbesitzer in diesem Streite ein. Die Dame ersuchte den Wirth, ihr wieder zu ihren Sachen zu verhelfen. Der Wirth erklärte aber ganz ruhig, solche Streitigkeiten zwischen seinen Mietern und dem Hausknecht gingen ihn gar nichts an, herein mischte er sich nicht. Wegen dem Hausknecht wurde das Verfahren wegen Erpressung eröffnet. Er giebt an, er habe sich für berechtigt gehalten, mehr Trinkgeld zu verlangen, denn er sei bei einer Mark Wochenlohn (außer Kost und Logis) auf Trinkgelde angewiesen gewesen. Die Strafkammer nimmt nur Mäßigung aber nicht Erpressung als vorliegend an, weil Angestellter, Hausdiener Paul Kubrich aus Hlinsberg, geklagt haben mag, daß er zu dieser Mehrforderung berechtigt gewesen sei. Wegen Mäßigung lautet das Urtheil auf 40 Mk. Geldstrafe. Die Strafe ist deshalb so hoch bemessen worden, weil nach Ansicht des Gerichtshofes die Wadegäste gegen die häufig unangemessenen Ansprüche der Hausdiener geschützt werden müssen.

Diese Verhandlung illustriert drastisch die ganze Misere des Arbeitsverhältnisses der Hausdiener in den sogenannten Vogthäusern. Auf den Trinkgeldbettel angewiesen, wissen diese Kollegen nicht, wie sie ihr Leben fristen sollen. Das Gericht irrt, wenn es glaubt, daß die Hausdiener es sind, die unangemessene Ansprüche machen. Nur der Hunger, die Noth, das Elend zwingt die Hausdiener, so zu verfahren, wie oben geschildert. Die Hausdiener müssen gegen die wirklich unangemessene Bezahlung seitens der Hauswirthe gekämpft werden. Es ist ein Skandal, einem Hausdiener eine ganze Mark Lohn pro Woche zu bieten. Das ist eine Ausbeutung der Arbeitskraft, wie sie ihrgleiches sonst nirgends finden dürfte. Aber dagegen wendet sich kein Richter. Das ist bezeichnend für unseren Staat, der ein Schützer der Armen und Entertien sein soll.

**Wachsthum - Lebensstil mit Hindernissen.** Der Lübecker Senatsauschuss für Gewerbe und Versicherungswesen erließ am 18. April 1901 eine Bekanntmachung betreffend den Lebensstil in der Stadt und deren Vorstädten, wodurch angeordnet wurde, daß die offenen Verkaufsstellen von 1. Mai 1901 ab an den fünf ersten Wochentagen von 8 bis 9 Uhr Abends und von 5 bis 7 Uhr Morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein sollten. Diese Vorschrift fand aber auf die Bäcker, Schlächter, Milch-, Butter-, Brot-, Obst-, Kartoffel- und Köchschänder zu, und auf die Barbier- und Friseur- keine Anwendung. Ferner müssen die Spezialtagarengeschäfte nur von 5 bis 7 Uhr Morgens geschlossen sein. Als vor Erlass dieser Bekanntmachung die beteiligten Geschäftsinhaber zu einer Aeußerung für oder gegen die Einführung des Lebensstilles im Sinne des § 189 f der Gewerbeordnung aufgefordert wurden, machte sich eine kräftige Opposition bemerkbar, besonders seitens der in der Verordnung ausgenommenen Branchen. Die Abstimmung unter den Geschäfts - Inhabern erbrachte 850 Stimmen für und 221 gegen den früheren Lebensstil.

Die Bekanntmachung vom 23. April 1901 wurde nun durch Beschluß vom 22. November 1902 außer Kraft gesetzt. Ein Wirth, der wegen Verkaufs über die Straße vor 7 Uhr Morgens in Strafe genommen war, beantragte gerichtliche Entscheidung und machte in der Verhandlung geltend, das Wirthsgewerbe sei überhaupt nicht zu einer Aeußerung über den Lebensstil aufgefordert worden. Die Prüfung des Gerichts bestätigte das und Schöffengericht wie Strafkammer erklärten die Verordnung für ungültig. Deshalb wurde diese vom Senat zurückgenommen. Die Geschäftsinhaber hatten aber inzwischen den wohlthätigen Einfluß des früheren Lebensstilles und der späteren Lebensöffnung an eigenen Läden erfahren. Der Detailleitverein begann sofort eine rührige Agitation zur Wiedereinführung des Althaus-Lbensstilles. 1134 Geschäftsinhaber wandten sich nunmehr an den Senat und beantragten fortan für m. t. l. i. c. h. e offene Verkaufsstellen mit Ausnahme des Sonnabends in der Zeit von 8 bis 9 Uhr Abends für den Verkehr zu schließen; ein Geschäftsstillsitz für die Zeit von 5 bis 7 Uhr Morgens wurde mit Rücksicht auf die Wirths, die den Eintrittsverkauf vor Beginn der Arbeitszeit nicht angeben wollten, nicht gefordert. Der antwortenden Geschäftsinhabern stimmten 1254 für und nur 60 gegen den Althaus-Lbensstil. Dieser ist nun nach einer Bekanntmachung vom 27. April bereits am 1. Mai, 2 Jahre nach seiner ersten Einführung, wieder in Kraft getreten.

Dieses Vorkommniß ist besonders lehrreich. Hier hat es sich zur Evidenz gezeigt, daß diejenigen im Rechte sind, welche seit jeher behauptet haben, daß der Althaus-Lbensstil im Interesse der Geschäftsinhaber selbst läge. Die Lübecker haben die Worte aus Gropel gemacht und nunmehr sich von jenen wenigen profitwütigen Schreihälsen abgemandt, die niemals die Taschen voll genug bekommen können und in ihrem blinden Uebereifer sich selbst schädigen. Genau so würde es auch in jedem anderen Orte, der sich heute leider noch nicht der Wohlthaten des Althaus-Lbensstilles erfreut, der Fall sein. Wenn die gelagerten Faktoren nicht

sicht auf die Mehrheit genommen hätten, würde der allgemeine Lebensstil längst Gesetz sein.

**Die amerikanischen Maarenbazare** engagiren gegenwärtig sogenannte Sozialsekretäre. Die Leiter der Geschäfte erklären, daß es ihnen ihre Zeit nicht erlaube, sich um das Wohl der Hunderte von Angestellten zu kümmern und stellen deswegen hierzu Sekretäre oder Sekretärinnen an, die sich um das soziale Wohl des Geschäftspersonals zu kümmern haben. Die Sozialsekretäre sollen in erster Linie die gesundheitlichen und hygienischen Verhältnisse überwachen. Sie haben für Erholungsräume, für Schutzvorrichtungen gegen Zug, Kälte und Feuchtigkeit und für Sittgelegenheit zu sorgen. Sie kümmern sich ferner um die Unterbringung Erkrankter, um Ferien und Sommeraufenthalte, überwachen den Speisesaal und die Zubereitung der Speisen und sorgen für Verabreichung starker Nahrungsmittel zum Selbstkostenpreise. Ebenso ist ihnen die Einrichtung literarischer und künstlerischer Abende übertragen.

In Deutschland würde für solche Sozialsekretäre ganz bestimmt kein Geld vorhanden sein, sind doch unsere Arbeitgeber schon durch die Versicherungsgesetzgebung bis aufs Aeuzerste belastet.

**Straßenbahner.**

**Berlin.** Nachdem sich schon viele Gelehrte aller Länder, ja sogar der berühmte Edison, den Kopf gebrochen haben, die künstliche Ernährung des Menschen zu bewerkstelligen, ist es der Gr. Berl. Str. endlich gelungen, auf diesem Gebiete nennenswerthe Erfolge zu verzeichnen. Die Fabel erzählt von dem Landmann, der seinem Pferde Futter und Trank abgewöhnen wollte; ersteres war ihm fast gelungen, als das Thier ihm plötzlich einen Strich durch die Rechnung machte und verendete. Mit der Folgerung, daß er dem Pferde, wenn es nicht gestorben wäre, auch noch das Trinken abgewöhnen hätte, bedauerte der Schlaftopf das Ableben desselben vor Schluß seiner Methode. Diese Fabel scheint sich die Gr. Berl. Str. als Richtschnur genommen zu haben.

Auf Linie 14 ist z. B. in Wobbit eine Haltezeit von 6 1/2, am Marheimeplatz eine von 8 1/2 Minuten Länge vorgegeben. Es ist leicht begreiflich, daß man mit 6 1/2 und 3 1/2 Minuten keine Ansprache auf regelrechtes Essen und Trinken, von anderen Sachen ganz abgesehen, machen kann. Um nun diese enorm hohe Haltezeit zweckentsprechend auszufüllen, treiben Schaffner und Fahrer allerlei Selbstsport, z. B. Anhängewagen schieben zc. Und wie ein Geruch steht Kontrolleur Hannings am Blücherplatz und wehe, dreimal wehe demjenigen, der es wagen sollte, dort etwa eine Minute zu früh zu erscheinen, um sich dann am Marheimeplatz der Hölle zu ergeben. Wohl hat man nun das sogenannte Spring-System angewandt, d. h. Schaffner und Fahrer springen in einigen Turnus-Nummern 2 Wagen zurück (nun soll man aber nicht denken, daß selbigen nach jeder Tour geschieht, — nein — beim ganzen Tagesdienst ein, höchstens zwei mal) und die hierdurch entstehende Lücke von Zeit (15 Minuten) soll zur Vertheidigung aller möglichen Bedürfnisse dienen. Dem ist jedoch nicht so. Erstens verlängert sich der Dienst bemensprechend; zweitens genügt auch diese Zeit nicht, um menschlich essen zu können. In ein Nachpaßgehen ist nicht zu denken und im Wagen kann man nicht essen, da derselbe bei seiner Ankunft gleich immer besetzt ist. Es käme dann nur noch ein Mittel in Betracht, wenn die „Große“ einen Wagen mehr würde auf einer derartigen Linie laufen lassen — aber dieses würde ihr ja wieder recht beträchtliche materielle Opfer auferlegen.

Ja, es kommt sogar vor, daß der Anhängeschaffner, welcher am Sonntag Mittag abhängt, seine 12 bis 14 Fahrten hintereinander macht mit dem bereits erwähnten, an beiden Endpunkten hochbemessenen Haltezeit von sage und schreibe 3 1/2 bzw. 6 1/2 Minuten, ohne daß derselbe während seines ganzen Tagesdienstes nur einmal zurückspringt.

Gewerwählte Haltezeit steht ja nun zwar auf betr. Fahrplänen verzeichnet, aber in Wirklichkeit kommt sie dem Personal gar nicht zu flatten, da die mit Anhängewagen versehenenzüge in den meisten Fällen an dem Endpunkte schon mit Verpätung (in Folge des Verkehrs oder durch Störungen auf der Unterleitung zc.) zu der bereits erfolgten Abfahrtszeit ankommen. Wie nun, verehrliche Direktion, wenn die einem solchen Bediensteten, der nur in einem Hafen und Tagen sein verantwortliches Tagewerk vollbringt, dem das Leben und die Gesundheit vieler seiner Mitmenschen anvertraut wird, durch vorerwähnte Mißstände in seinen Dienstverrichtungen mal eine Erschlaffung eintritt und hierdurch dann ein Unfall zc. herbeiführt? Wird dann die Direktion sich auch so reine waschen wollen wie z. B. im Falle Müller vom Bahnhof 1?

**Sechs Tage sollst Du arbeiten und am siebenten Tage ruhen von allen Deinen Werken!**

Es müßte den Glauben erwecken, daß die Direktion der Gr. Berl. Str., trotzdem auf einzelnen ihrer Bahnhöfe jeden Sonntag „Stöcker's Sonntag's-Bredigten“ für ihre Angestellten auslegen, auch hieraus für sich einiges gegenüber ihren Bediensteten in Anwendung bringen möchte. Dem ist aber nicht so, sondern es scheint der „frommen Großen“ nun daran gelegen zu sein, ihre Angestellten in diesem Glauben weiter aufzuwecken. Darüber sind sich auch schon die Frommsten von den frommen Schäflein einig. Dieser Tage ging uns nun ein derartiges Traktätchen zu, in welchem unter anderem davon die Rede war, daß man sechs Tage arbeiten solle und am siebenten Tage solle man ruhen von allen seinen Werken. Auch die Direktion möchten wir wieder an ihr gegebenes Versprechen erinnern, den Angestellten in jeder Woche einen freien Tag zu gewähren. Wir wollen durchaus der Direktion keinen Hehl machen, ihr mitzutheilen, daß es Bahnhöfe giebt, auf denen Angestellte schon seit drei freien Tagen im Rückstand sind. Mit dem Herrn Betriebs-Direktor Marhold dieses ebenfalls unbekannt wie der Fall Mielde vom Bahnhof Weiskene? Man möchte doch der Meinung sein, daß der Herr Betriebs-Direktor sich mit Nichtwissen von derartigen dienstlichen Vorkommnissen nicht entschuldigen könnte, da er doch stets von

seinen Betriebs-Inspektoren von dem Laufenden unterrichtet sein müsse. Wenn natürlich einige von diesen Herren nur ihr Hauptaugenmerk darauf haben, daß ja mal nicht ein Vertrauensmann eine gewerkschaftliche Versammlung besucht und noch dazu in einem Saale, in welchem nach Ansicht eines solchen Herrn nur Sozialdemokraten verkehren; nun, dann kann man wohl sagen: „Lieb Vaterland magst ruhig sein!“

**Dresden.** Die Ausgaben bei der deutschen rothen Straßenbahn sind wieder bis zur äußersten Grenze eingeschränkt worden. Das zeigt der neue Dienst, der vor kurzem in Kraft getreten ist. Wohl ist jetzt ein freier Tag mehr geworden, dafür darf das Personal, das Sonntags frei hat, um so nicht Extrawagen fahren. Die anderen Tage giebt es auch Dienst genug, denn es giebt Tage, wo man 15 bis 17 Stunden fahren muß, 12 Stunden aber, ohne abgelöst zu werden. Der Herr Inspektor Otto macht sich durch seine Schnelligkeit sehr bemerkbar. So verlangt er, daß die Schaffner in Halbrechtsstellung auf dem Wagen stehen, andernfalls es Strafe giebt; die Schaffner sind somit gezwungen, wie die Wagenspinnen auf dem Perron zu stehen. Die Bezahlung für den übermäßig langen Dienst läßt viel zu wünschen übrig. Alle Leute werden entlassen, und durch neue billige ersetzt. Da darf man sich nicht wundern, wenn für die Herren Aktionäre eine fette Dividende herausspritzt, was aber nicht möglich wäre, wenn das Personal anständiger bezahlt würde und nicht Sonntags bis in die späte Nacht umsonst fahren müßte. So müht die deutsche Straßenbahn ihr Personal aus; wenn's nicht paßt, der geht es nicht zu Leute genug. Für Lebensstunden giebt es 40 Pf., aber nur, wenn die Stunde voll ist; fehlen vielleicht noch ein paar Minuten, so wird gleich auf 40 resp. 20 Minuten gekürzt. Die Direktion darf sich nicht wundern, wenn immer wieder Schaffner zur Untreue verurteilt werden. In der Ausbeutung ihrer Angestellten giebt die deutsche Straßenbahn bei Firma Siemens kaum etwas nach.

Unter dem Namen „Allgemeiner Verband der Kleinbahn-Gesellschaften“ mit dem Sitze in Berlin wird gegenwärtig eine Vereinigung des Allgemeinen Verbandes der Straßenbahngesellschaften mit den Kleinbahngesellschaften angestrebt. Die Vereinigung der beiden Verbände ist dadurch bedingt und naturgemäß, daß die elektrifizierten Straßenbahngesellschaften den Kleinbahngelegen unterliegen. Seitens verschiedener Vorkabellösungen von Klein- und Straßenbahngesellschaften ist bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft die Anfrage gestellt worden, ob sie bereit wäre, die geschäftsführende Leitung des Kleinbahnverbandes, die sich gegenwärtig in Hamburg befindet, nach der erfolgten Vereinigung zu übernehmen. Die Gesellschaft, die die größte Kleinbahngesellschaft ist, hat sich dazu bereit erklärt. Ein darauf bezüglicher Antrag sowie die Anträge auf die Annahme neuer Satzungen, die durch die Gründung bedingt werden, wird der Verbandsleitung in Hamburg zur nächsten Generalversammlung unterbreitet werden.

Wir sind keine besonders guten Freunde der „Großen Berliner“, dennoch würden wir es begrüßen, wenn die Leitung des genannten Verbandes aus den Händen der oben und kurzlichigen Hamburger Scharfmacher in die der „Großen“ übergeht. Die „Große“ hat im Laufe der Zeit doch schon etwas in Arbeiterfragen gelernt. Vielleicht kann Herr General-Direktor Mücke die von ihm ausgeprobenene Ansicht, daß es sittliche Pflicht jeder Straßenbahngesellschaft sei, ihre Angestellten so hoch als möglich zu entlohnen, dann eher zur Geltung bringen.

**Aus der Schweiz.** In der Arbeiterunion schweizerischer Transportanfallten bilden die Straßenbahngesellschaften besondere Sektionen. Der Generalsekretär der Organisation, Gen. Brandt-Winterthur, hat in jüngster Zeit Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner vorgenommen und deren Ergebnisse zum Teil im „Luzerner Demokrat“ veröffentlicht. Es handelt sich dabei um die Orte Bern, Basel, Zürich, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Biel, Emmthal, Jülich, Dertikon, Jülich, Döngg, Jülich und Industriequartier Jülich. Nach den Ergebnissen der vorgenommenen Enquete ist das Personal der Straßenbahnen von Zürich, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Döngg, Dertikon und Industriequartier vertraglich angestellt, in Bern, Basel, Biel und Emmthal gilt für noch kein Vertrag. Die Lohnzahlung findet in Emmthal, Dertikon, Industriequartier und Döngg vierteljährig, in den anderen Orten monatlich statt. Die gegenwärtige Kündigung ist in Zürich, Basel, Bern, Biel, St. Gallen und Winterthur monatlich, in Luzern dreimonatlich und in den übrigen Orten 14-tägig. Sehr verschieden sind die Lohnverhältnisse. Luzern und St. Gallen zahlen den Führern ein Anfauggehalt von 120 Frs. (1 Fr. = 80 Pf.), Döngg Frs. 120—180, Dertikon Frs. 125, Winterthur Frs. 180, Jülich Frs. 140, Basel Frs. 180—150, Biel zahlte Tagelohn Frs. 3,25, Emmthal Frs. 8,70, Bern-Industriequartier und Jülich (für Referenten) Frs. 4.— Die Schaffner erhalten Frs. 110 monatlich in St. Gallen, Frs. 140 in Winterthur, Döngg, Dertikon und Jülich Frs. 125, in Basel Frs. 180 bis 150. In Emmthal Tagelohn Frs. 8,50, Bern Frs. 8,70, Industriequartier Frs. 8,90, in Jülich Frs. 4.— für Anfänger. Der Höchstlohn der Führer beträgt in Döngg Frs. 180, Winterthur Frs. 154, Basel Frs. 100—180, Jülich Frs. 170, Dertikon und St. Gallen je Frs. 180, Tagelöhne Frs. 4.— in Biel und Emmthal je Frs. 5,85 in Bern. Die Schaffner erhalten Höchstlöhne Frs. 120 in Döngg, Frs. 142 in Winterthur, Frs. 100 in Zürich, Frs. 180—180 in Basel, Tagelöhne Frs. 8,80 in Emmthal, Frs. 8.— in Biel und Frs. 5,65 in Bern. Ein Provisorium besteht in allen den genannten Orten, und zwar dauert es von 3—4 Tagen im Minimum in Biel, bis zu 12 Monaten in Zürich und Basel, 2—18 Monate in Dertikon. Der Tagelohn während der provisorischen Dienstzeit beträgt Frs. 8,70 Bern im Minimum bis Frs. 4,50 Döngg im Maximum, in Basel Frs. 120 pro Monat. Gehaltsaufbesserungen finden in den meisten Orten in bestimmten Zwischenräumen statt, nur in Luzern erfolgt noch nichts bestimmtes und in Döngg fand noch keine statt; in Zürich beträgt sie nach einem Jahre Frs. 10 in Dertikon Frs. 5—10 pro Monat.

Freisonntage erhält das Personal 12, 15 bis 17 im Jahre, in Luzern zu den 17 Sonntagen noch 5 Urlaubstage, in Basel 3, Luzern macht für die gewöhnlichen Urlaubstage keinen Abzug, dagegen für außergewöhnlichen Urlaub, außer bei Todesfällen und Geburten.

Die letzte Delegierten-Versammlung der Tramobahn-Sektion in Luzern, beschloß eine Eingabe an den Bundesrat um gefällige Festlegung von mindestens 17 freien Sonntagen im Jahr und forderie denselben auch auf, Vorbereitungen zu treffen für die Gründung einer staatlichen Pensions- und Hilfskasse der Tramobahn.

In Bezug auf Entlohnung kann sich keine deutsche Straßenbahn mit den Schweizer Vertrieben messen.

**Transportarbeiter.**

**München.** Die hiesigen Kollegen haben bekanntlich vor einigen Jahren mit Hilfe der Organisation eine kleine Lohnaufbesserung durchgesetzt. Seit dieser Zeit ist seitens der Unternehmer verschiedentlich versucht worden, die kleinen Ertragsrücklagen verschiedentlich wieder wegzunehmen, dank dem guten Zusammenhalten der Kollegen stets ohne Erfolg. Speziell die in halb Thüringen verstreutesten Expeditionsfirma Mämpel ist groß im Schicksalen ihrer Arbeiter. Die Ausbrüche, die Herr Mämpel seinen Leuten gegenüber gebraucht, stehen in keinem Kontrast zu seiner Zeit, die Herr Mämpel es verstanden, den größten Teil seiner Leute von der Organisation fernzuhalten. Für die Folgsamkeit ihrem „Herrn“ gegenüber ernten jetzt die Kollegen den verdienten Dank. Öffentlich sind die Mißgeplante durch die ihnen seitens des Unternehmers zu theil geordnete Behandlung zur Ueberzeugung gelangt, daß sie sich dem Verbandsanschließen müssen, wenn der Herr Mämpel vor ihnen Achtung bekommen soll.

**Den Polizeibehörden** allerorts zu Nachahmung empfohlen. Der Berliner Polizeipräsident hat, wie wir hören, auf Grund seiner Wahrnehmung, daß wiederholt über unerhebliche Uebertretungen Strafanzeigen erstattet worden sind, denen in den meisten Fällen offenbar eine amtliche Verwarnung seitens der Polizeibehörden nicht vorgegangen war, Veranlassung genommen, die Beamten der Schutzmannschaft ganz allgemein darauf hinzuweisen, daß sie nicht glauben sollen, ihre Thätigkeit durch möglichst viele Anzeigen von Kontraventionen beweisen zu müssen. Sie sollten das Publikum zuvörderst warnen und von Uebertretungen zurückhalten und erst dann zur Anzeige schreiten, wenn ihre Warnung unbeachtet gelassen wird, oder wenn sie auf Böswilligkeit stoßen.

**Zum Streit der Kutscher der Milchzentrale** ist zu berichten, daß derselbe nunmehr als beendet betrachtet werden kann.

Nachdem die Betriebsleitung eingesehen, daß sie mit den Streikbrechern doch nicht auf die Dauer fertig werden kann, ohne dem Geschehe von Tag zu Tag einen weiteren Verlust zu bereiten, und nachdem die Verbandsleitung bei der Gewerkschaftskommission die Verhandlung des Hoytats über den Betrieb beantragt hatte, wurde eine neue Verhandlung von Seiten des Betriebes mit dem Verband angebahnt. Diefelbe fand vor dem Gewerbegericht mit Herrn Ring, im Beisein des Gewerbegerichtsdirektors Herrn v. Schulz und einem Vertreter des Verbandes statt.

Nach gegenseitiger längerer Aussprache wurden schließlich folgende Vereinbarungen getroffen: Sämtliche Kutscher und Burden sollen außer einem nach Bedarf wieder eingestellt werden.

Ferner werden die Strafen und Strafgefahr vermindert. Auch sollen die Kutscher einen Arbeitsausfluß wählen, welcher die Wünsche und Beschwerden derselben bei der Geschäftsführung vertreten soll. In der darauf folgenden Versammlung erklärten sich die Ausständigen mit den Vereinbarungen einverstanden, weil damit ihre eigentlichen ursprünglichen Forderungen anerkannt wurden. Erwähnenswert ist, daß der Vertrauensmann des Verbandes wieder eingestellt wird. Dieser Streit lehrte recht deutlich, welche Verluste derartige Geschäfte zu ertragen haben, wenn die Betriebsleiter alle Wachstollkommenheit über ihre Arbeiter in die Hände ihrer Beamten legen. Der Streit wäre verhindert worden, wenn an dem betreffenden Tage einer gegenseitigen Aussprache mit dem Vertreter des Verbandes stattgegeben worden wäre, welche nun doch stattgefunden hat. Hierbei stellte sich heraus, daß die Unternehmer des Geschäftes gegen die Zugehörigkeit ihrer Kutscher zum Verbands nichts einzuwenden haben.

In den Kollegen Kutschern wird es nun liegen, daß sie auch in Zukunft die Bedeutung der Organisation, welche sie jetzt in ihrem Kampfe kennen gelernt haben, zu würdigen wissen, und sich zu nichts hinreissen lassen, welches deren Ansehen in Mißkredit bringen könnte. Obgleich die Kutscher noch jung in der Organisation waren, haben dieselben, zu ihrer Ehre sei es gesagt, mannhaft zusammengehalten.

Wir wünschen und hoffen, daß die Kollegen auch fernerhin tren zusammen und an der Organisation festhalten, nur dadurch werden sie in der Lage sein, Mißstände aus der Welt schaffen zu können. Der Verband wird nicht verfehlen, die Interessen der Kollegen stets zu vertreten, umso mehr da Herr Ring seine Vereinnahmung zugelassen hat, die eintretenden Differenzen mit den Vertretern des Verbandes zu verhandeln.

**Berliner Expeditiöns- und Lagerhaus-Verb.-Ges. (vorm. Bark u. Co.).** Aus dem Reingewinn in Höhe von 145 800 Mk. gelangt für 1902 eine Dividende von 6 pCt. zur Verteilung. In dem Geschäftsbericht führt die Verwaltung aus: Unser Güterverkehr hat sowohl im Versand als auch im Eingang eine Steigerung erfahren. Unser Möbeltransport hat sich ebenfalls recht befriedigend entwickelt, während der Speicherebetrieb ungefähr die Hälfte des Vorjahres erbrachte. Im neuen Jahre hat sich unser Geschäft weiter günstig entwickelt. Die Umsatzen sind trotz gesteigerter Güterbewegung bisher durchschnittlich auf der Höhe des Vorjahres geblieben; wir hoffen aber, nach Erparnisse auf dem Fuhrergeton zu erzielen, da wir fast den ganzen weiteren Güterbedarf bis Jahreschluss zu Preisen bedekt haben, die wesentlich niedriger als die vorjährigen sind. Schließlich berichten wir noch, daß wir am 1. April cr. die seit 1848 bestehende Berliner

Expeditiönsfirma Mdt & Wagenhofer, Bergstr. 39-40, am Stettiner Bahnhof — mit Fuhrpark, Inventar und Grundbesitz für den Preis von 857 000 Mk. übernommen haben. Der erworbene Grundbesitz umfaßt 184 Quadratrudd und besteht aus den Wohnhäusern Bergstr. 39-40 sowie einem größeren Speicher nebst Stallungen für ca. 50 Pferde. Die Feuerkasse der Baukreditbank beträgt 229 550 Mk. Wir können nunmehr im Norden der Stadt, wo wir noch keine Filiale unterhielten, fester Geschäftsbeziehungen antunnen und unsere Verbindungen erweitern. Da auch der ungewöhnlich große Hofraum des Grundstücks uns einen weiteren Ausbau ermöglicht, glauben wir unter Berücksichtigung aller Momente, daß der eingetretene Geschäftszuwachs unserer Gesellschaft eine dauernde Erhöhung der Rente erbringen wird.

**Erfurt.** Die bei der Firma Aug. Hege, Geschirrhalterei, thätigen Kollegen haben ein herrliches Dasein. Der Hof, auf dem sie die Wagen reinigen dürfen, ist zwar etwas klein, und schlechte Leute behaupten gar, es sei ein ganz erbärmliches Loch, aber das ist nicht wahr, die Kollegen wechseln beim Wagenwaschen ab, damit der Hof immer besetzt ist. Bei Regenwetter stellt Herr Hege seinen Leuten einen gutgeheizten Salon zum Trocknen der Kleider zur Verfügung, dieser Raum ist indes so klein, daß manche Kollegen sich darin garnicht zu verweilen getrauen und es vorziehen, auf dem Kloset die Kleider zu wechseln. Dafür dürfen die Kutscher dann auch Straßen reiniger spielen und für Herrn Hege abwechselnd den Verkehr auf der Straße legen, allerdings erhalten sie dafür ein paar Pfennige Extrazuschlagung. Die Arbeitszeit dauert nur bis 9 und 10 Uhr Abends, dafür giebt es auch einen Wochenlohn von 6 Mk., gleich einem Tagelohn von 65 deutschen Reichspfennigen, natürlich ohne Kost und Logis. Was die Kutscher sonst brauchen, dürfen sie sich bei der Rundschaft in Form von Trinkgeldern zusammenbetiteln. Einen freien Tag giebt es öfters die ganze Jahr nicht und wer einen solchen haben will, der muß einen Erbgamann stellen und bezahlen. In Anbetracht dieser glänzenden Arbeitsbedingungen haben die Kutscher dieser Firma einstimmig beschloffen, unter keinen Umständen der Organisation beizutreten, damit nicht ihr lebenswürdiger und humaner Arbeitgeber sich zu Tode ärgere. Als brave Menschen wollen sie auch in Zukunft nur für ihren Herrn und nicht für sich selbst arbeiten, wenn sie auch den Hungerriemen nach ein bißchen enger schnüren müssen, die Hauptsache ist, daß des Herrn Geldsack recht rundlich wird.

**Ich bin der Herr, Dein Gott.** Du sollst keine anderen Götter haben neben mir! Wie sich das Arbeitsverhältnis zwischen Herr und Knecht in manchen Unternehmertöpfen ausmak, dafür giebt es mancherlei verschiedene Beweise. Unter den sogenannten „Arbeitgebern“ giebt es auch am Anfang des 20. Jahrhunderts noch immer Käuze, die glauben, das mittelalterliche Hörigkeitsverhältnis bestehe immer noch zu Recht. Von den Ideen der neuen Zeit, von sozialem Verständnis für das moderne Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind solche Geister nicht angekränkt. Und erst gar den modernen Arbeitsvertrag, der auf Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit basiert, dessen Zweck und Sinn verumgen jene zurückgebliebenen Elemente gar nicht zu erfassen.

Für das hier Gesagte sind wir sofort in der Lage, drastische Beweise zu erbringen. Unsere bei einer Expeditiönsfirma in Glauchau beschäftigten Kollegen erlauben sich kürzlich, in Erwägung der Thatfache, daß es ihnen nicht länger möglich war mit dem von Unternehmer gezahlten ganz miserablen Löhnen auszukommen, an ihren Chef recht bescheidene Forderungen zu stellen. Unser Gauleiter schrieb im Auftrage der Kollegen folgenden Brief:

Herrn Expeditur A C e r m a n n  
Glauchau i. S.

Der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter erlaubt sich im Auftrage Ihres Personals, Ihnen nachdrücklich Forderungen mit der Bitte um geneigte Berücksichtigung zu unterbreiten:

1. Der Wochenlohn beträgt in Zukunft für Kutscher 18 Mt., für Ausläder 17 Mt.
2. Unter Vebelhaltung der gegenwärtig üblichen Arbeitszeit wird von Abends 8 Uhr an Lebensstundenvergütung bezahlt. Lebensstunden und Sonntagsarbeit sind nur in äußerst dringenden Fällen zulässig.
3. Den Kutschern und Ausladern ist ein heizbarer Raum zur Verfügung zu stellen, in welchem sich dieselben während der Speisepausen aufhalten können.

Zur Begründung vorliegender Forderungen erlauben wir uns Folgendes anzuführen: Der bisher gezahlte Lohn von 13,75 Mt. ist ein derartig niedriger, daß dabei ein Auskommen nicht möglich ist. Bei den gegenwärtig immer steigenden Lebensmittelpreisen und Wohnungspreisen ist es geradezu eine Unmöglichkeit, bei den bisherigen Löhnen existieren zu können. Der Beruf der Transportarbeiter erfordert von jedem Einzelnen ein Maß der Kräfteanstrengung, wie kein anderer Beruf. Der große Kraftverbrauch kann aber nur durch Zuführung genügender und kräftiger Kost ausgeglichen werden. Es liegt mithin auch im Interesse des Geschäftes, daß eine Lohnaufbesserung erfolgt.

Die gegenwärtig übliche übermäßig lange Arbeitszeit ist zum größten Teile nur die Folge von verkehrten Gesetzmäßigkeiten der Geschäftswelt, die darin besteht, daß möglichst Alles erst in der letzten Stunde erledigt wird. Daher kommt es auch, daß in den Abendstunden 10—12 Geschirre hinterreinander am Bahnhof warten müssen, denn auch dem Arbeitspersonals ist es nicht möglich, die sich zusammen-drängende Arbeit ohne Verzögerung erledigen zu können. Bessard wird nun auch noch verlangt, daß diese und jene Fuhrer noch mit vom Bahnhof herein gebracht werden soll, so daß die Arbeitszeit sich dann bis spät hinein verlängert.

Die Beschaffung eines Aufenthaltsraumes ist eine Forderung, welche für sich selbst spricht.

Der Unterzeichnete giebt sich der Hoffnung hin, daß obige Forderungen von Seiten Ihrer Firma anerkannt werden und erwartet einen entsprechenden Bescheid. Desgleichen ist Unterzeichneter gern bereit, mit Ihnen im Namen Ihres Personals zu verhandeln.

Hochachtungsvoll u. s. w.

Die Antwort auf dieses Schreiben lautet kurz und bündig:

„Auf den Inhalt Ihrer gestrigen Zuschrift habe ich nur zu erwidern, daß in meinem Hause nur Ich der Herr bin.“

Da mit dieser Antwort die soziale Frage natürlich nicht gelöst ist, werden andere Maßregeln ergreifen werden müssen. Inbezug unser Verband wird auch diesen Unternehmer zur Raison zu bringen müssen. Sind wir doch schon mit viel Stärkeren und Ordneren fertig geworden und haben ihnen etwas soziales Verständnis und Benehmen aneignen. So wie bisher geht es unter keinen Umständen weiter.

**Glauchau i. S.** Die hiesigen Kollegen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen einen Wochenlohn von 18 M., jezt 14 M. Ueberstundenbezahlung von Abends 8 Uhr an mit 85 Pf. die Stunde. Sonntagsarbeit, mit Ausnahme des Frittens, 40 Pf. Beschaffung eines heizbaren Aufenthaltsraumes. Die Forderungen sind durch unsere Gauleiter eingereicht. Die Firma Strobel versucht aus Annaberg i. Erzgeb. Arbeitskräfte zuzuziehen. Unser Kollege Richter hat aber der Firma in die Suppe geschüttelt, indem er den Kollegen in Annaberg sofort reinen Wein eingeschüttelt hat und die dortigen Kollegen bedankten sich schon. Ihren Glauchaer Kollegen in den Rücken zu fallen. Gegenwärtig werden noch Verhandlungen gepflogen. Das Weitere berichten wir in nächster Nummer.

**Erlangen.** Durch die statistischen Erhebungen in den gewerblichen Fuhrwerksbetrieben, welche der Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter hier auch auf eine Anzahl von Geschäften ausdehnte, die mehrere Fuhrwerke beschäftigen, wurden in den meisten dieser Betriebe Zustände an das Licht gezogen, die wirklich der Öffentlichkeit nicht vorzuziehen sein sollen. Sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Fuhrer Lohnfuhrer schon ganz miserable zu nennen, dann muß gesagt werden, daß die in den Erlanger Mülereien beschäftigten Kutsher unter ganz erbärmlichen Verhältnissen zu arbeiten gezwungen sind. Für eine durchschnittlich tägliche Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden (häufig 20, oft sogar 24 Stunden) scheuen sich die Mülereibesitzer nicht, den Arbeitern, ihren Rechten, einen Wochenlohn von 14 bis 17 M. zu bezahlen. Einer dieser Müller, W., hat seinen Leuten allerdings vor kurzer Zeit 1 Pf. mehr bewilligt, den diese für jeden zurückgebrachten Leeren Saß erhalten. Dabei muß aber bemerkt werden, daß die Kutsher auch an den Sonn- und Feiertagen mehrere Stunden auf dem Boden oder im Stall beschäftigt sind. Daß diese unbillig lange Arbeitszeit, dazu der geringe Lohn und die schwere Beschäftigung, dem Mühlkutscher frühzeitig die Knochen müde macht, genügt die Herren ja nicht, denn wenn der Kutsher die meist 1 1/2-2 Zentner schweren Säcke nicht mehr über 4 und 5 Stiegen, die manchmal einer Fuhrersteige gleichen, oder noch höher tragen kann, dann ist er überhaupt überflüssig und erhält keinen Lohnpaß.

Hoffentlich wird die Regierung auf Grund des Materials, das ihr zur Verfügung steht, eine gesetzliche Ruhezeit für die Kutsher einführen. Es wird sich aber trotz eines Eingreifens der Organisation, unter Umständen auch der Gewerkschaftskartelle von Erlangen, Bamberg, Fürtih und Nürnberg notwendig machen, um diese Zustände zu befeitigen. Schon im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist es geboten, da man gemäßig sein muß, daß der Kutsher, der müde und abgespannt von der langen Tour zurückkehrt oder dieselbe gar schon in diesem Zustand antritt, im Falle der Gefahr nicht die nötige Selbstgegenwart besitzt.

**Fürtih.** Die Arbeitsverhältnisse der in den hiesigen Lohnfuhrereien beschäftigten Kutsher und Arbeiter lassen sehr viel zu wünschen übrig und sind deshalb sehr verbesserungsbedürftig. Die Enquete, die von Seiten des kaiserlich statistischen Reichsamts veranstaltet wurde, hat ergeben, daß in den Fuhrwerksbetrieben Deutschlands eine durchschnittliche Arbeitszeit von 15 Stunden vorhanden ist. In Fürtih, wo ebenfalls eine Enquete veranstaltet wurde, beträgt die Durchschnittsarbeitszeit 16 Stunden. Fürtih steht somit in dieser Beziehung an letzter Stelle. Das ganze Jahr giebt es keinen freien Sonntag, 365 Arbeitstage, und wenn es ein Schaltjahr ist, dann sind es 366, das ist das Loos eines hiesigen Kutshers. Die Arbeitszeit beträgt gegenüber den Industriebetrieben fast das Doppelte. In den meisten Betrieben ist noch das Kost- und Logiswesen vorhanden. In den meisten Logien befinden sich keine Ofen oder wo solche vorhanden sind, sind sie nicht heizbar oder werden einfach nicht geheizt. Die Kutsher sind aber das ganze Jahr Wind und Wetter ausgesetzt und bekommen deshalb oft nasse Kleider. Sie müssen den ihre Kleider im Stall oder am eigenen Körper trocknen. Daß darunter die Gesundheit sehr leidet, dürfte Jedem denken Menschen einleuchten. Der Lohn beträgt bei einzelnen 15-18 M. pro Woche. Bei den übrigen 4-8 M. nebst Kost und Logis pro Woche. Die Arbeiter in den hiesigen Fuhrwerksbetrieben gehören somit zu den schlechtestgestellten Arbeitern in Fürtih. Die betreffenden Arbeiter haben nun auch eingesehen, daß dies für die Dauer nicht weitergehen kann. Sie haben sich ihrer Berufsorganisation, dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, angeschlossen. Es haben nun mehrere Versammlungen stattgefunden, in welchen die Verhältnisse eingehend beraten wurden. In der letzten Versammlung wurde nun beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Diefelbe bewegt sich in ganz beschriebenen Grenzen. Die Kutsher sind fest entschlossen, ihre gerechte Forderung durchzusetzen. Sie werden auch vor einem Streik nicht zurückweichen, denn hinter ihnen steht die organisierte Arbeiterschaft. Im übrigen haben die Kutsher nicht viel zu riskieren. Wird doch auf Bauten den Handlangern ein Lohn von 16-18 M. gezahlt. Einige Unternehmer

zahlen bereits schon das Verlangte, andere stehen den Forderungen sympathisch gegenüber. Dagegen ist ein Theil schroff dagegen und wird mit diesen Herren noch ein deutliches Wort gesprochen werden.

**Schmin S.-M.** Bei der hiesigen Firma Graubner herrschen keine idyllischen Arbeitsverhältnisse für unsere Kollegen. Nicht nur, daß die Arbeitszeit eine übermäßig lange ist, die Kollegen erhalten auch einen Lohn, der zum Leben zu wenig, zum Verhungern aber etwas zu viel ist. Der Inhaber der Firma bedient sich dabei seinen „Kollfnechten“ gegenüber verschiedentlich Ausdrücke, die nicht in Knigge's Buch über den Umgang mit Menschen stehen. Eines schönen Tages sagte er zu einem seiner Leute: „Du Kerl, Du wärst werth, ich stecke Dich in den Abtritt (Wort) und — was folgte, wollen wir aus Anstandsgründen lieber verschweigen. In Bezug auf Bildung giebt der Expediteur Graubner seinen Leuten ein sicher nicht nachahmenswerthes Beispiel. Als Aushelfer im Geschäft fungirt der Beiführer Graubner. Der Postangestellte fährt Anstillsführer nach Allenburg. Es wird daher gut sein, bei der Oberpostdirektion in Leipzig mal anzufragen, ob sie ihre Leute so schlecht bezahlt, daß diese sich um Nebenbeschäftigung umsehen müssen.

**Güterannahme und Abgabe auf den badischen Bahnen.** Die Generaldirektion der badischen Staats-eisenbahnen beabsichtigt, nach dem Vorgehen der bayerischen und preussisch-badischen Eisenbahnverwaltungen, bei den größeren badischen Güterabfertigungsstellen den Schluß der Güterannahme und Abgabe allgemein auf 6 Uhr Abends zu verlegen. Die Karlsruher Handelskammer ersuchte die Generaldirektion im Hinblick auf die gewichtigen Bedenken, welche aus den Kreisen ihrer Interessenten hiergegen laut geworden sind, von der Verwirklichung ihrer Absicht abzusehen und es bei dem derzeitigen Zustande zu belassen.

Unsere badischen Kollegen werden in demnächst stattfindenden Versammlungen das Vorgehen der Generaldirektion untersuchen und aus ihrer eigenen Erfahrung nachweisen, daß die „gewichtigen“ Bedenken der Karlsruher Handelskammer lediglich auf einseitiger Interessentvertretung beruhen.

### Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

**Dresden.** Infolge verschiedener besonderer Umstände konnte unsere Monatsversammlung erst am 2. Mai im Dresdener Volksbause stattfinden. In halbtägigem Vortrage erstattete Kollege Robbt Bericht von der Generalversammlung in Hamburg. Der Kollege Höfer ergänzte denselben noch mit einigen Ausführungen. Hierauf griff der Kollege W. die Delegirten, deren Bericht erstattung und die in Hamburg gefaßten Beschlüsse in höchst unglücklicher Weise an und warnte vor Annahme einer Resolution, wie es in Niederböhln geschehen. Von sämmtlichen Rednern wurde diese Handlungsweise gemißbilligt. M.'s Angriffe zurückgewiesen und seine verkehrten Ausführungen richtiggestellt. Das, was M. verhindern wollte, geschah nun erst recht. Folgende Resolution wurde von mehreren Kollegen eingebracht und gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die heute am 2. Mai im Dresdener Volksbause tagende Monatsversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands erklärt sich mit den in Hamburg gefaßten Beschlüssen einverstanden und verpflichtet sich, dafür einzutreten und mitzuarbeiten, daß sämmtliche Kollegen von Dresden und Umgegend sich unserm Verbande anschließen.“

**Frankfurt a. M.** In der Mitgliederversammlung am Freitag, den 3. April, hielt Herr Dr. Paradies vom Ausschuß für Volksvorlesungen einen Vortrag über „Sauerstoff und Verdreimung“. Der Vortrag wurde durch eine Menge höchst interessanter Experimente erläutert. Der Referent erzielte reichen Beifall. Hierauf gab der Vollmächtigste, Kollege Baue, einen kurzen Bericht über die Thätigkeit der Ortsverwaltung. Demselben entnehmen wir, daß in erster Linie die Errichtung des Bureaus und des Arbeitsnachweises von Bedeutung ist. Die Hauptarbeit bestand in der Agitation; so sind im verfloffenen Quartal 93 Aufnahmen zu verzeichnen. Der Kasienbericht, den Kollege Zarich gab, gestaltete sich wie folgt: Einnahme 1288,92 M., Ausgabe 967,78 M., so daß ein Kasienbestand von 316,14 M. vorhanden ist. Bedauert wurde, daß der Prozentsatz der geleisteten Beiträge pro Mitglied und Quartal bedeutend niedriger sei, als in anderen benachbarten Verwaltungstellen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß leider die Mitglieder, welche einigermassen annehmbare Arbeitsverhältnisse haben, zu wenig die Verwaltung unterstützen. Hierauf wurde einstimmig der Verwaltung Danksage erteilt. Sodann wurden noch sechs Ersuchen für die Kontrollkommission betreffs Einmählung der Bestimmungen über die Sonntagruhe im Baugewerbe gewährt.

**Grinnia i. S.** Auf der Tagesordnung der Versammlung stand: Warum müssen wir uns organisiren? Kollege Rose aus Leipzig erklärte in leicht verständlicher Weise die in Leipzig zur Zeit eingeführte Sonntagruhe etc.

Nachdem noch einige der anwesenden Kollegen ihre Meinung ausgesprochen hatten, wurde beschlossen, Sonntag, den 24. Mai, wieder eine Versprechung im Restaurant „Zum Jägerhof“, Nachmittags 4 1/2 Uhr, abzuhalten. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heut hier tagende Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter ist mit den Ausführungen des Referenten völe einverstanden und erklären die Anwesenden sich bereit, für den Verband arbeiten zu wollen.“

**Mel.** In der Mitgliederversammlung am 29. April referirte der Gauleiter, Kollege Tsch, über den Nutzen der Organisation. Redner beleuchtete in eingehender Weise die Lage der Kollegen und wies nach, daß Besserung nur durch Anschluß an die Organisation herbeizuführen sei. Nach dem Referat traten sofort zehn

Kollegen dem Verbands bei. Des Weiteren verpflichteten sich die Kollegen, nimmere in eine energische Agitation einzutreten und die fernestehenden Kollegen dem Verbands als Mitglieder zuzuführen.

**Leipzig.** In der Mitgliederversammlung am 24. April erstattete Kollege Stange Bericht von der Generalversammlung in Hamburg. Die Kollegen Schmidt und Werner ergänzten sodann den Bericht noch kurz. Schmidt verwies darauf, daß die Angelegenheit mit den Lagerhaltern für Leipzig nicht in Betracht komme. Kollege Werner bebauerte, daß er infolge der kurzen Redezeit den Leipziger Antrag auf Verlegung der Preise leider nicht ausführlich habe begründen können. Der Herr Lagerhalter Wuhl bezeichnete als erster Diskussionsredner die Darlegungen Joleffsohn's betreffs des Lagerhalterverbandes als gemeine Lüge.

Kollege Kober ist über den Bericht der Delegirten enttäuscht und sieht sich veranlaßt, einige Fragen denselben zur Beantwortung vorzulegen. Soweit diese Fragen von den Delegirten nicht beantwortet werden, behauptet er, daß die Leipziger Delegirten ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Diefem schließt sich zum Theil Conrad an. Nachdem ein Antrag, die Diskussion bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen, angenommen wurde, nahmen die Anwesenden Kenntniß von der im Lokale Lindenfels in Blagowitz angenommenen Resolution und versprechen, als Vertretungskomitee so lange ihre Konsequenzen zu ziehen, bis die Lokalfrage endgültig geregelt ist.

**Lübeck,** den 11. Mai 1903. Infolge eines Antrages, welcher in der Aprilversammlung angenommen wurde, haben in letzter Zeit zwei Branchenerfassungen stattgefunden.

Zunächst fand am 29. April eine Versprechung mit den Laiführern bei Grünewald statt, welche größtentheils von unsern Mitgliedern besucht war. Kollege Stolte forderte in seinen ca. 1/2 stündigen Ausführungen die Kollegen auf, in Zukunft eine ganz energische und rege Agitation für unsern Verband zu entfalten und vor allem dafür zu sorgen, daß die Mitgliederversammlungen besser besucht werden. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich eine ganze Anzahl Kollegen in diesem Sinne aus. Am Schluß ließen sich zwei neue Mitglieder aufnehmen.

Die zweite Versprechung mit den Kollegen von Meiners fand am 6. Mai bei Jarchow statt. Es ist dieses der größte Bezirk hier am Orte, welcher ca. 40 Kollegen beschäftigt. Alle Versuche, welche bisher von uns unternommen wurden, auch diese Kollegen dem Verbands einzuziehen, blieben erfolglos, bis jetzt vor kurzem ein neuer Geschäftsführer hier angestellt wurde, was eine kleine Ummwälzung zufolge hatte, welche sich aber zu Ungunsten der Kollegen herausstellte. Jetzt kommen auch diese Kollegen zu der Einsicht, daß sie gegen solche Verordnungen, Behandlung u. s. w. geflohenen Front machen müssen.

In dieser Versammlung waren ca. 25 Mann erschienen. Genosse Radde führte den Anwesenden in 2 stündigem Vortrage ihre traurige Lage sowie die Notwendigkeit der Organisation vor Augen. Der Beifall bewies, daß alle Anwesenden hier mit einverstanden waren.

Nachdem Kollege Lauborn noch den Zweck und Nutzen unseres Verbandes klargelegt hatte, ließen sich 17 Kollegen aufnehmen, vier waren in anderen Verbänden organisiert. Kollegen, der Anfang ist gemacht, sorgt ihr dafür, daß auch die noch fehlenden Kollegen sich ohne Ausnahme dem Verbands anschließen. Geschlossen müssen wir den Unternehmern gegenüberstehen, wenn geordnete Zustände geschaffen werden sollen.

Alle Kollegen mögen sich dieses zur Notiz nehmen und dafür sorgen, daß jeder Betrieb vollständig in unserm Verbands organisiert ist. Einzelnen ertheilen wir nichts, geschlossen müssen wir marschiren. In der Mitgliederversammlung am 11. Mai wurde noch folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Mitgliederversammlung des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter erklärt die Handlungsweise der Sektion der Kohlenarbeiter „des Hosenarbeiter-Verbandes“ unserem Verbands gegenüber als höchst unpassend, und weist dieselbe energisch zurück. Die Versammlung erklärt, volles Vertrauen zu dem Vorstand zu haben und hält das Verfahren desselben für richtig.

**Magdeburg.** Am Sonnabend tagte unsere von über 600 Personen besuchte Generalversammlung. Den Geschäfts- und Kasienbericht für das erste Quartal gab der Geschäftsführer Bender. Die Einnahme im ersten Quartal betrug 3810,65 M., an die Hauptkasse wurden abgeführt 1406,25 M.; die Ausgabe betrug 1349,86 M., mithin verblieb am Schluß des ersten Quartals ein Bestand der Lokalkasse von 1055,49 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des ersten Quartals 1020. Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen und sonstige Versammlungen und Sitzungen fanden im ersten Quartal 87 statt. An Krankenunterstützung erhielten 87 Kollegen insgesamt 836,84 M. Der höchste Unterstützungssatz betrug 86 M., der niedrigste 3 M. Zusammen waren die 87 Kollegen 428 Tage krank. Arbeitslos meldeten sich 37 auf dem Bureau 52 Kollegen. Von diesen erhielten 18 Kollegen zusammen 245,19 M. Unterstützung. Streikunterstützung wurde an 19 Kollegen 166 M. gezahlt. Insgesamt wurden 771,85 M. an Unterstützungen im ersten Quartal gezahlt. Um Auskunft wandten sich 56 Kollegen an Bureau. Schriftsätze wurden 23 Stück angefertigt. Lohnbewegungen fanden in diesem Quartal 2 statt. Der Besitzer der Wallbaumischen Brauerei zahlte seinen Fuhrern und Arbeitern 15 M. Lohn pro Woche. Nachdem die Arbeiter eine Lohnherabsetzung von 8 M. pro Woche forberten, bewilligte die Firma diese. Nicht so glatt gingen die Forderungen durch, die die Kutsher der Firma Otto Staack gestellt hatten. (Der Verlauf des Streiks ist den Lesern des „Courier“ seiner Zeit ausführlich geschildert worden.) Dieser Streik endete mit einem vollem Erfolge. Er hat aber auch noch zur Folge gehabt, daß einige Fuhrwerksbesitzer sofort ihren Fuhrern eine oder zwei Mark pro Woche zulezten, allerdings unter der Bedingung, daß sie

nicht streifen sollten. — Der Geschäftsbericht wurde mit Befall aufgenommen und auf Antrag der Revisoren dem Geschäftsführer einstimmig Dedargé ertheilt.

Der Bericht von der dritten Generalversammlung in Hamburg wurde von den Kollegen Lübecke und Bender gegeben.

Nachstehende Resolution wurde der Versammlung unterbreitet und angenommen:

„Die heute am 25. April im „Dreitaiferebund“ tagende von über 500 Kollegen besuchte Generalversammlung der Verwaltungsstelle Magdeburg billigte die Beschlüsse der 3. Generalversammlung unseres Verbandes in Hamburg mit Ausnahme der Gehaltsstala und Anstellungsbedingungen der Beamten.

Sie erklärt in der Anstellung der besoldeten Ortsbeamten durch den Zentralvorstand eine Beschränkung der Rechte der östlichen Verwaltungsstellen und erwartet, daß die 4. Generalversammlung, die im Jahre 1905 in Mainz stattfindet, diese Bestimmungen annullirt. Im Ferneren erklärt die Versammlung in der Festsetzung der Gehälter der Einlastner, welche um ca. 200 Mk. geringer sind als die der übrigen Beamten, eine Verletzung des demokratischen Prinzips und erwartet von der nächsten Generalversammlung, daß hierin Wandel geschaffen wird.

Des Weiteren erklärt die Versammlung, daß sie sich bei der Befolgung ihres Beschlusses an die Gehaltsstala nicht bindet. Sie verprcht aber, für die übrigen Beschlüsse mit allen Kräften dafür einzutreten und dafür Sorge zu tragen, daß dem Verbands stets neue Mitglieder zugeführt werden, um der ungenglichen Ausbeutung unserer Berufs-kollegen durch die Magdeburger Fuhr- und Handwerksbetriebe Einhalt zu gebieten.

Als Ausschussmitglieder wurden die Kollegen Krone, Rbiger, Karl Schmidt und Wistor gewählt. — Beschlüsse wurden, in Zukunft unsere Generalversammlung stets am vierten Sonnabend des ersten Quartalsmonats im „Dreitaiferebund“ abzuhalten.

Ferner wurde der Antrag, vom 1. Juli ab Arbeitslosenunterstützung vom achten Tage an zu zahlen, einstimmig angenommen.

Zum Schluß wies Kollege Wttcher noch auf die Mafer hin und forderte die Kollegen auf, so viel wie möglich den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und die Versammlungen zahlreich zu besuchen.

**Niederfeldly.** Eine Versammlung für Rutscher und Martchelfer fand am Sonnabend, den 18. April, im Restaurant zur Laube statt. Kollege Otto Korb aus Dresden erstattete Bericht von der Generalversammlung in Hamburg. Er ging auf die dort gefaßten Beschlüsse näher ein und brachte die gefaßten Resolutionen zur Verlesung. Insbesondere erläuterte er die stufenweise Einführung der Krankenunterstützung. Da der Verband mehr leistet, msten auch die Beiträge um 5 Pfg. erhöht werden. Der Kollege A. betonte in der Debatte, daß die Kollegen die Notwendigkeit der Beitragserhöhung anerkennen und wird sich kein Kollege weigern, diese zu zahlen. Abschliend gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die versammelten Transportarbeiter erklären sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung zu Hamburg einverstanden und verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß die Beschlüsse zur Durchführung gelangen. Sie verpflichten sich ferner, dafür zu sorgen, daß sich alle Kollegen der Organisation anschließen.“

Zum Schluß ließen sich wiederum fünf Kollegen als Mitglieder des Verbandes eintragen, so daß die begründete Hoffnung vorhanden ist, daß in Kirzge sämtliche Kollegen von Niederfeldly und Umgegend organisiert sind.

**Nürnberg.** Versammlung vom 26. April 1903. Kollege Reimmler fhrt erstattete Bericht von der dritten Generalversammlung. Es giebt derselbe in kurzen Zügen die gefaßten Beschlüsse zur Kenntnis und spricht seine Verwndung darüber aus, daß von den von den Nürnberg-Führer Kollegen gestellten Anträgen so ziemlich Rechnung getragen wurde, speziell Anstellung eines Gauleiters für Nordbayern.

Kollege Doberer stellte hierauf den Bericht zur Diskussion. Seitens mehrerer Kollegen wurden verschiedene Beschlüsse etwas näher beleuchtet, u. a. auch die „Gehaltsregulierung“, sowie die jetzt in offener Diskussion stehende Beitragserhöhung; auch wurde es genügen, die Generalversammlung alle drei Jahre zu beschicken, es würde hier auch nach außen hin einen viel besseren Eindruck machen, und für den Verband nach innen, wenn nicht wie heuer aus Sparmaelrcksichten die erdrückende Mehrheit aus lauter Verbandsbeamten besteht, die Generalversammlungen mehr von Mitgliedern, denen es genügend giebt, vertreten wird.

Nach Beendigung der Diskussion sprach Kollege Doberer im Namen der Versammlung dem Berichterstatter seinen Dank aus.

Als weiteren Punkt wurden in die Diskussionskommission, die wieder ihren Sitz in Nürnberg hat, vorge schlagen und einstimmig gemhlt die Kollegen: Maar, Leibold, Doberer, Korbstopp, Mörtel und Wittmann.

Ein vom taiferebund statlichen Amt eingelauener Fragebogen, betreffs Erhebungen in den Engros-Geschäften, wurde eine 7 gliedrige Kommission eingeseht, welche sobald als möglich das Nähere zu erklären hat. Kollege Doberer wies noch besonders auf die Gewerbegerichts-wahlen hin, die in den nächsten Tagen stattfinden und hofft, daß jeder Kollege das Nöthige dazu beiträgt und an der Wahlurne erscheint. Einige Einsufe fanden ebenfalls ihre Erledigung, worauf die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

**Habeburg.** In der letzten Zeit haben wir leider oft bemerken müssen, daß der Versammlungsbesuch der Kollegen viel zu wünschen übrig läßt. Wiederholt ist es schon vorgekommen, daß eine Tagesordnung nicht erklärt werden konnte, weil zu wenig Kollegen in der Versammlung anwesend waren. Am 9. Mai war nun außer dem Bevollmächtigten gar nur ein ganzer Kollege erschienen. Kollegen! Soll das so weiter gehen? Wollt

Ihr Eure Interessen wahrnehmen, so ist es Eure Pflicht, in die Versammlungen zu kommen und dort mitzurathen und mitzutun. Im „hellen Sachsen“ müssen die Kollegen schon selber Hand ans Werk legen, und sie dürfen ihrer Verwlung die Arbeit nicht noch schwerer machen, als sie ohnehin schon ist. Betrachtet den Verband nicht als bloße Untersttzungsmaschine, sondern als Vertreterin aller Interessen der Kollegenschaft. Noch fehlt es überall an Aufklärung, noch sind lange nicht alle Kollegen zum Verbands herangezogen und deswegen hat keiner der Kollegen ein Recht, sich auf seinen Vorbeeren auszurufen.

**Worms.** Obwohl es hier sehr langsam vorwärts geht, haben wir in der letzten Versammlung doch wieder 8 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Es ist die alte Geschichte, daß gerade diejenigen Kollegen, die die längste Arbeitszeit haben und über miserable Entlohnung klagen, für die Organisation nicht zu haben sind. Kollege Kaufe hielt einen recht instruktiven Vortrag und seine klaren Ausführungen über die Lage der Kollegen haben regen Beifall gefunden, daß sich endlich etwas zu alle ihre Kräfte anspannen, um die Organisation am Orte vorwärts zu dringen.

**Jelmendorf.** Eine öffentliche Versammlung fand am Sonntag, den 10. Mai, bei Giesle, Zeltweierstrae, statt, in welcher Kollege Daerling-Verein über: Die lange Arbeitszeit im Fuhrwerksbetriebe und wie können wir unsere Lage verbessern? sprach. Der Referent ging zunächst auf die statlichen Erhebungen im Fuhrwerksbetriebe vom Jahre 1902 ein und auf das Vorgehen des Vorliegenden der Fuhrwert-Vereinsgenossenschaft betreffs der Abschaffung der festen Kutscherlne, weil die Unternehmers zuviel Kosten dadurch hätten. Nach der Diskussion wurde der bisher provisorische Gauleiter August Gebert wieder bestätigt und haben die Kollegen gegen die Anstellung desselben nichts einzumenden. Mit einem Appell an die Mitglieder, sich an der Wltung zur Reichstagswahl thtkrftig zu betheiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

Die Jahresabschlüsse der deutschen Gewerkschaften für das Jahr 1902 bestätigen unsere der statlichen Beobachtung entnommene Erwartung, daß dieses Jahr den Gewerkschaften eine erhebliche Zunahme der Mitglieder gebracht hat. Zwar liegen noch nicht alle Abrechnungen vor, aber aus 44 Verbänden, deren Abrechnungen Vergleichsmöglichkeit erlubt, sind bereits eine Zunahme von mehr als 80 000 Mitgliedern. 31 dieser Gewerkschaften haben eine Zunahme zu verzeichnen. Dabei sei bemerkt, daß es sich um die Mitgliederzahlen am Jahreschlusse handelt, die in verschiedenen groeren Organisations-erfassungsgem unter dem Jahresdurchschnitt liegen. Am meisten haben zu dieser Zunahme die 3 Verbände der Bergarbeiter, Metall- und Textilarbeiter beigetragen, deren Mitgliederzahl allein um ca. 49 000 gedachsen ist. Es zählten an Mitgliedern:

	Jahresdurchschnitt 1901	Ende 1902	Zunahme
Bergarb.-Verband	88 042	48 278	10 286
Metallarb.-Verband	102 905	128 842	25 987
Textillarb.-Verband	28 836	41 591	12 755

Diese Entwicklung bedeutet einen Triumph der Gewerkschaften über die Wirtschaftskrisis, der um so höher anzuschlagen ist, als er erungen wurde von Gewerkschaften, in den kapitalkrftigsten, wohlkariellierten Industrien, die jede freie Bewegung ihrer Arbeiter zu erstickten drohten. Sie werden das Wachstum der Organisation ihrer Arbeiter mit stärker verholtenem Merg verfolgen. Sieht sich diese Zunahme der Mitglieder in gleichem Verhältnis fort, so werden wir im Jahre 1905 in unseren Gewerkschaften eine Million Mitglieder vereinigen, ein Ergebnis 20jhriger Entwicklung, wie es selbst die englischen Gewerkschaften nicht aufzuweisen hätten.

Der Holzarbeiter-Verband hatte laut Jahresabrechnung mit Schluß des Jahres 70 851 Mitglieder, welche Zahl gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres eine Abnahme von 1463, gegen das Jahr 1901 aber eine Zunahme von 8510 Mitgliedern bedeutet; die jetzt erreichte Mitgliederzahl ist die höchste, die dieser Verband 977 239 Mk. die Ausgaben 796 137 Mk. der Vermögensstand in der Hauptkasse ist 514 725 Mk. und dazugerechnet die Bestnde der Gau- und Lokalfassen 808 775 Mk. Streik- und Gemahrgelduntersttzung haben eine beträchtliche Steigerung erhalten und besifferten sich auf 122 684 bezw. 27 812 Mk., während Reise-, Sterbe- und Umzugsuntersttzung eine kleine Verminderung aufweisen.

Der deutsche Seemannsverband hielt seine Generalversammlung in Hamburg ab, die durch 17 Delegierte besetzt war. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsberichte, Organisation und Agitation. Auch Unterstützungseinrichtungen wurden berührt, aber deren Einführung stößt bei der Eigenart des Berufs auf erhebliche Schwierigkeiten. Auch die beantragte Effektenversicherung fand keine Zustimmung. Mit der Verlesung selbst war man wohl einverstanden, jedoch gefiel die vorgeschlagene Form nicht, weshalb die nächste Generalversammlung sich weiter damit beschäftigen wird. In Anregung gebracht wurde die Abhaltung von Seemanns-schiff-Kongressen behufs Darlegung der vorhandenen Mhlsnde im Seemannsberufe vor der breitetsten Oeffentlichkeit. Eine Resolution beschäftigte sich mit der Seemannsordnung resp. mit den Forderungen, welche für die Seeleute zu stellen noch immer übrig geblieben sind. Diese bestehen in: Geseftlicher Festlegung der Mitwirkung der unteren Chargen bei den Seemannsmtern, schriftlicher Abschaffung des Feuervertrags, weiterer Einschränkung der freien Vereinbarung, Erweiterung des Rechtes vom Rücktritt des Feuervertrags, Aufhebung der Berechtigung zur zwangsweisen oder polizeilichen Anhaltung zur Verrichtung des Dienstes, Regelung der Arbeitszeit und des Wachsdiens in präziserer Form und Erweiterung der Sonntagsruhe, Veseftigung der Vorstufennoten, Ab-

milderung der drakonischen Strafbestimmungen, Gewährung des Koalitionsrechts etc.

**Aus den Gewerbegerichten.**

**Berlin.** Der Kollkutscher K. beanspruchte durch Klage beim Gewerbegericht von der Expeditions-Mitien-gesellschaft 5 Mk., die ihm in wchtlichen Raten von seinem Lohn zurückbehalten worden waren. Direktor W. der die Beklagte vertrat, wandte ein, die Firma sei berechtigt, sich an der Kautions schadlo zu halten, weil ihr durch Schuld des Klägers in Gestalt von Stanzgeld ein Schaden von 5 Mk. entstanden sei. Er habe gelegentlich einer bestimmten Tour 25 Säcke Mais vom Hamburger Speicher abholen sollen und diesen Auftrag am fraglichen Tage nicht ausgeführt, obwohl die Zeit dazu reichte. Der Kläger lehnte dagegen jedes Verschulden seinerseits ab. Er hätte 15 Sck Mehl auf dem Wagen gehabt, die ein Bcker in einem Vorort ihm nicht abgenommen habe. Infolge des Proteses sei es auf den Straßen etwas glatt gewesen, so daß er mit seinen Pferden, welche nicht besonders gut waren, unterwegs liegen geblieben wäre, wenn er noch zu den 15 Sck Mehl die 25 Sck Mehl hinzu-geladen hätte. Deshalb sei der Mais nicht mehr abgeholt worden. Uebrigens habe er einen Versuch zur Erfüllung des Auftrages gemacht, indem er nach dem Speicher gefahren sei, um zu sehen, ob nicht ein Kollege mit einem leeren Wagen dort wäre. Das sei nicht der Fall gewesen. Auch sonst räume er der Firma kein Recht ein, ihm den verdienten Lohn vorzuenthalten. — Diese Sachdarlegung vermochte der Direktor nicht zu destreiten.

Der Gerichtshof rief zu einem Vergleich und der Gewerbebericht führt dazu aus: Der Kläger könnte sich nicht auf den § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches berufen, monach Schadenaufrechnungen gegen verdienten Lohn nicht zulässig seien, denn hier handele es sich nicht um die Zurückbehaltung verdienten Lohnes, sondern um die einer Kautions. Eine Kautions sei aber rechtlich ganz anders zu behandeln wie der Lohn. Lohn würden die 5 Mk. darstellen, wenn der Kläger jede Woche die 1 Mk. verlangt hätte. Das habe er aber nicht gethan, sondern sei mit ihrer Rckbehaltung zweits Anjammung einer Kautions einverstanden gewesen. Eine Kautions sei aber die Sicherheit für einen von Angestellten eventl. verursachten Schaden. Allerdings müsse der Arbeitgeber, wolle er die Kautions später behalten, den Nachweis führen, daß der Arbeiter für einen Schaden in der betreffenden Dhe verantwortlich sei, daß ihn ein Verschulden treffe. Ein solcher Nachweis fehle hier nun gänzlich, es sei deshalb ein Vergleich in Dhe der Klageforderung an-gebracht.

**Mittheilungen des Zentralvorstandes.**

Trotz wiederholter Mahnung sehen noch 18 Ver-waltungsstellen mit der Abrechnung des 1. Quartals aus. Wir machen dieselben darauf aufmerksam, daß als letzter Termin, bis zu welchem die Einbringung der Abrechnung erfolgt sein muß, der 31. Mai festgelegt ist. Mitgliedschaften, welche bis dahin ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind, werden veroffentlicht und haben außerdem alle weiteren Folgen zu tragen.

Eine Verwaltungsstelle unseres Verbandes wurde am 9. Mai in Lausitz l. S. gegründet. Mit der Leitung der Verwaltungsgeschäfte wurde Kollege Emil Müller, Koch-lieferstr. 88, beauftragt.

Mit kollegialem Gruß  
**Der Zentral-Vorstand.**  
J. A. Oswald Schumann, Berlin S.O.,  
Gewerkschaftsbaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 13.

N.B. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Karl Rater, Berlin S.O., Engel-Ufer 15, einzufenden.

**Erklärung!**

Die von mir in einer Versammlung von Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn — Bahnhof 21 — vom 27. oder 28. April ausgesprochene Behauptung, daß ich den Vorsitzenden des Zentralverbandes, Herrn Oswald Schumann, im Jahre 1900 6 Mark für Beiträge übergeben habe, nehme ich hiermit, als den Wahrheit nicht entsprechend, zurück.

Berlin, den 15. Mai 1903.  
Leopold Niederländer, Schaffner,  
Feldensfeldstr. 5.

**An die Ortsverwaltungen!**

Der von der Redaktion d. Bl. ausgegebene Fragebogen betreffend die Feststellung der Zahl der am Orte beschäftigten Kollegen ist von einzelnen Ortsverwaltungen falsch aufgefaßt worden, indem sie die Zahl der organisierten Kollegen aus den einzelnen Branchen angegeben haben.

Wir machen daher nochmals darauf aufmerksam, daß die Zahl der am Orte beschäftigten, nicht die Zahl der organisierten, schon dem Verbands angeforderten angegeben werden soll. Die Redaktion.

**Sterbetafel des Verbandes.**  
Gestorben sind:  
In Berlin die Kollegen Franz Krger und Karl August.  
In Breslau die Kollegen Johann August und Robert Gebauer.  
In München der Kollege Simon Sthle.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltungen.